

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

225 (29.9.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALMittelBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Zeitungspreises, bei gerichtlicher Betreuung und bei Anzeigen außer Kraft tritt. Die Geschäftsstelle befindet sich in Karlsruhe, Hauptstraße 28. Telefon 1111. Die Geschäftsstelle befindet sich in Karlsruhe, Hauptstraße 28. Telefon 1111.

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. ohne Inflation 2,20 Mark o. durch die Doll. 2,50 Mark o. Einjahresabonnement 26,00 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe, Hauptstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach 1111. Druck: Hauptstraße 28. Telefon 1111. Druck: Hauptstraße 28. Telefon 1111.

Nummer 225

Karlsruhe, Dienstag, den 29. September 1931

51. Jahrgang

Die Währung muß erhalten bleiben

Auf der 50. Jubiläumstagung des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes hielt heute Reichsfinanzminister Brüning eine Rede über die Aufgaben der Sparfassen auf dem Gebiete der Kapitalbildung und Kreditwirtschaft, in der er u. a. betonte, daß die Währung in Deutschland unverändert erhalten bleiben müsse. Die Regierung werde darum im Verein mit der Reichsbank alles tun, um die Währung in ihrem Bestande zu sichern. Auch der Reichsbankpräsident Dr. Lohse, wies den Gedanken einer etwaigen Inflation im Interesse der deutschen Sparfassen zurück und erklärte, daß Deutschland bei der Goldwährung bleiben werde.

Snowden lehnt Inflation ab

London, 28. Sept. Im Unterhause antwortete Snowden auf die Frage, ob die Regierung die Zweckmäßigkeit einer Rückkehr zum Goldstandard erwogen habe, es wäre wohl verfrüht, eine Erklärung darüber jetzt schon abzugeben, da die künftige Entwicklung Englands später unter der Einwirkung der dann im Inlande und im Auslande herrschenden Umstände beschaffen werden müsse. Der Schatzkanzler fügte hinzu: „Ich halte es jedoch für richtig, zu wiederholen, daß die Regierung fest entschlossen ist, jede inflationistische Maßnahme zu vermeiden. Den zeitweiligen Schwankungen sollte keine zu große Beachtung geschenkt werden.“

Verständigungsversuch zwischen China und Japan Wann wird geräumt?

Genf, 28. Sept. (Eig. Draht.) Im Verlauf der Montagstagung des Völkerbundes ist im chinesisch-japanischen Konflikt eine bemerkenswerte Entspannung zu verzeichnen. Auf Vorschlag des chinesischen Vertreters wird der Rat sich bemühen, an Ort und Stelle zwischen den Parteien eine Verständigung über das Tempo und den frühesten Zeitpunkt in der Räumung der besetzten mandchurischen Gebiete von japanischen Truppen erzielen zu lassen. Chinas Vertreter wird seinen Vorschlag schriftlich einreichen. Japans Vertreter (Japan) hat sich bereit erklärt, ihn seiner Regierung telegraphisch zu unterbreiten.

Nichtsjagende Abrüstungsformel

Genf, 29. Sept. (Kundendienst.) Der engere Redaktionsausschuß des Abrüstungsausschusses hat sich über den italienischen Vorschlag auf Abschluß eines Abrüstungsvertrages auf eine allgemeine unverbindliche Formel geeinigt. Danach soll die Abrüstungsverhandlungen lediglich den Wunsch ausdrücken, daß die Mächte ihre Abrüstungen nicht eröbden. Auf französischen Wunsch wurde in dieser Formel die Verpflichtung zur Nichterhöhung der „gegenwärtigen Rüstungen“ aufgenommen.

Verhandlungen im Ruhrbergbau

Bochum, 28. Sept. (Eigenbericht.) Der Reichspräsident hat heute vormittag für den Tarifkonflikt im Ruhrbergbau eine Notverordnung erlassen, die dem Schlichter in Westfalen für die Findung eines Schiedsvertrages wieder zwei Weisungen gibt, wie es schon einmal im Januar durch Notverordnung geschehen war. Als Weisung fungieren diesmal Reichspräsident Dr. Bergemann-Hüffel (SPD) und der Weisungsbevollmächtigte Dr. Brauer (Zentrum).

Essen, 28. Sept. (Eig. Draht.) In der Arbeitszeitfrage für die Gruppe Nord-West der deutschen Eisen- und Stahlindustrie wurde nach kurzen Verhandlungen am Montag zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Christlichen Metallarbeiterverband und dem Gewerkschaftsbund ein einstimmig beschlossener Vertrag getroffen, der die bisherige Regelung der Arbeitszeit mit einmonatlicher Kündigung verlängert. Der Deutsche Metallarbeiterverband, der bisher in der Arbeitszeit tariflos war, ist der Vereinbarung nicht beigetreten.

Nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen Brüning und Curtius

Berlin, 28. Sept. (Eig. Draht.) Von nationalsozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß die Nationalsozialisten gleich zu Beginn der Plenarverhandlungen des Reichstages am 13. Oktober einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning und einen besonderen Mißtrauensantrag gegen den Außenminister Curtius einbringen werden.

Zeitgefrorene Kredite auch in Frankreich

Die Banque National de Credit und ihre Filialen sind wie üblich geöffnet. Alle gefrorenen Summen wurden reiflos ausbezahlt. Wie die Liberty meldet, sind die Schmelzleistungen der Bank darauf zurückzuführen, daß sie Summen im Gesamtbetrag von etwa 1,4 Milliarden Franken in industrielle Unternehmen gesteckt hat, die dort infolge der schlechten Wirtschaftslage vollkommen festliegen. Verantwortlich für diese Politik ist der Vorsteher des Aufsichtsrats, der vor zwei Tagen gewungen wurde, sein Amt niederzulegen. Ebenso ist der Generaldirektor der Bank seines Postens entbunden und durch eine andere Persönlichkeit ersetzt worden.

Aufhebung der Goldwährung in Norwegen

Oslo, 27. Sept. Die norwegische Regierung hat die vorübergehende Aufhebung des Goldstandards verfügt und die Ausfuhr von Gold verboten.

Das Besuchsergebnis

Wird die ernsthafte Bekämpfung der Wirtschaftskrise nun wirklich in Angriff genommen werden?

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt uns über das Ergebnis des Berliner Besuchs:

Die Berliner Besprechungen zwischen den deutschen und den französischen Ministern scheinen doch zu einem greifbaren Ergebnis geführt zu haben, als man es von einer derartigen zweitägigen Aussprache erwarten konnte. Vor allem geht aus den Communiqués (siehe nachstehend) hervor, daß der Plan einer ständigen deutsch-französischen Wirtschaftskommission nunmehr konkrete Gestalt angenommen hat. Es wird ein ständiges Sekretariat für dieses neue amtliche Organ eingerichtet werden, so daß offenbar auf beiden Seiten der ernste Wille besteht, die Wirtschaftskrise durch eine sofortige und dauernde Zusammenarbeit zu bekämpfen.

Was für konkrete Pläne im einzelnen erörtert worden sind, wird ja noch nicht offiziell bekannt gegeben. Immerhin enthält das Communiqué einige Andeutungen. Es scheint, daß vor allem die Ausgestaltung der deutsch-französischen Beziehungen durch beiderseitige finanzielle und industrielle Vereinbarungen in Aussicht genommen werden wird. Also Finanzierung der deutschen Industrie durch französisches Kapital und deutsche Industrielieferungen für Frankreich und seine Kolonien. Darüber hinaus Ausbau der schon bestehenden und Schaffung neuer Kartellverträge.

Gegen diese Pläne, deren Wert an sich unbestreitbar ist, wurde hier von vornherein der Einwand erhoben, daß sie dazu mißbraucht werden könnten, eine überstaatliche Vorherrschaft der großkapitalistischen Kräfte zu errichten. Unabhängig von unseren Warnungen hatte zur selben Zeit der Führer der französischen Sozialisten, Leon Blum, im Populaire die gleichen Einwände erhoben und Sicherungen dagegen verlangt. Es ist deshalb einschließend zu begrüßen und als ein wichtiger sozialistischer Erfolg zu verzeichnen, daß gegen diese Gefahr Befürchtungen getroffen worden sind. Der Arbeiterschaft beider Länder wird durch Gewerkschaftsvertreter ein Mitbestimmungsrecht in der deutsch-französischen Kommission und in ihren Unterausschüssen eingeräumt. Das offizielle Communiqué stellt dies ausdrücklich fest. Da außerdem die Leitung des Komitees in den Händen der Regierungen liegen wird, dürfte die Gefahr eines großkapitalistischen Mißbrauchs auf Kosten der Staatsautorität verringert werden, sofern die richtigen Männer mit den erforderlichen Kenntnissen und der notwendigen Energie und Autorität in diese Körperhaft entsandt werden.

Das offizielle Communiqué stellt wiederholt fest, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit sich nicht zum Schaden dritter, sondern zum Nutzen aller Staaten auswirken soll. Auch wird weiter unterstrichen, daß man sich keineswegs die Überwindung der Wirtschaftskrise und die deutsch-französische Zusammenarbeit durch weitere Zollserhöhungen gedacht hat. Offenbar ist man ängstlich bestrebt, die mißbräuchlich gewordenen Engländer zu beruhigen und ihnen keinen Vorwand zu geben, jene Schutzzölle einzuführen, die die Konservativen verlangen und deren Errichtung die Wirtschaftskrise auf dem Kontinent nur noch verschlimmern würde.

Natürlich ist auch in diesen zweitägigen Besprechungen über die politische Lage gesprochen worden, insbesondere, wie man sich die künftige Gestaltung der Reparationsfrage nach Ablauf des Hooverjahres vorstellt. Darüber steht zwar in der amtlichen Verlautbarung nichts, aber so viel wir wissen, sprach man von einer Wiederaufnahme der Sachlieferungen, an denen auch Deutschland bis zu einem gewissen Grade zweifellos interessiert ist.

Das amtliche Communiqué

Amtlich wird mitgeteilt: „Der französische Ministerpräsident und der französische Außenminister sind nach Berlin gekommen, um den Besuch zu erwidern, den ihnen seinerzeit der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen in Paris abgestattet haben. Zugleich war es ihre Absicht, ihre früheren Besprechungen zu einem Ergebnis zu führen.“

Die Vertreter der beiden Regierungen haben wieder ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß ihr Ziel die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Sie sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrise, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete ihre Bemühungen zu vereinen, um Lösungen zur Milderung der Not zu finden.

Den deutschen und französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten vermag. Sie sind dementsprechend übereingekommen, eine gemischte deutsch-französische Kommission zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen, unter Beteiligung von Berufsvertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft wie auch der Arbeitnehmer bestehen soll. Die Leitung der Kommission wird ein gemeinsames händiges Generalsekretariat innehaben. Die Kommission wird ihre Sitzungen je nach Bedarf in dem einen oder anderen Lande abhalten, und ihre Arbeiten alsbald aufnehmen.

Die Kommissionsarbeit die Aufgabe, alle die beiden Völker berührenden Wirtschaftsfragen zu prüfen, ohne dabei die Interessen anderer Länder und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus dem Auge zu verlieren. Sie wird vor allem die Möglichkeit prüfen, die bereits bestehenden wirtschaftlichen Vereinbarungen zu verstärken und auszubauen und neue Vereinbarungen abzuschließen, und zwar gegebenenfalls in neuen Organisationsformen. Sie wird den gegenwärtigen Stand des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern untersuchen, um die seit Inkrafttreten des Handelsvertrages von 1927 gesammelten Erfahrungen nutzbar zu machen. Sie wird weiter gemeinsam nach neuen Abmachbarkeiten suchen. Nach übereinstimmender Ansicht ist diese Aufklärung nicht erschöpfend.

Die Vertreter der beiden Länder legen Wert darauf, klar zum Ausdruck zu bringen, daß sich ihr Vorhaben nicht gegen die Wirtschaft irgend eines anderen Landes richtet. Sie erklären, daß sie es ablehnen, die Lösung der der Kommission anzuvertrauten Fragen etwa in gemeinamem Vorhaben auf dem Gebiete von Zollserhöhungen zu suchen. Sie werden sich im Einklang mit allen Bestrebungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise halten und werden die Mitarbeit anderer Völker in jedem Falle nachsuchen, wo die Sachlage dies erfordert. So könnte u. a. die Durchführbarkeit internationaler Abmachungen über Schifffahrt und Luftverkehr geprüft werden.

Die Vertreter der deutschen und der französischen Regierung sind übereinstimmend, daß sie hiermit den Grundstein zu einem Werk des Aufbaus legen. Dieses Werk soll der erste Schritt zu einer gemeinschaftlichen Arbeit sein, die ein Gebot der Stunde ist, und an der mitzuwirken alle berufen sind.“

In Ergänzung dieses amtlichen Communiqués über die am Sonntag und Montag in Berlin geschlossenen deutsch-französischen Besprechungen erklären wir von ausländischer Seite noch folgendes:

Die vertrauensvolle und offene Aussprache hat sich nicht auf die praktischen Fragen beschränkt, die schon vorher festgelegt waren. Auch die großen politischen Probleme der beiden Länder und Europas, sowie die Weltpolitik wurden besprochen. Lösungen dieser Fragen wurden zunächst zurückgestellt. Die Besprechung der praktischen Arbeit, die Einsetzung eines deutsch-französischen Komitees und sein Aufgabentreu wurden in den Vordergrund gerückt. Das Komitee besteht aus höheren Beamten, die von den beiden Regierungen ernannt werden. Außerdem werden je nach Bedarf und nach den zu behandelnden Aufgaben Persönlichkeiten der Wirtschaft, der Finanz- und des sozialen Lebens (Gewerkschaften) hinzugezogen werden. An der Spitze des Komitees, das am erstenmal Mitte Oktober zusammenzutreten dürfte, wird jeweils ein Minister stehen, und zwar je nachdem ob das Komitee in Berlin oder Paris tagt. Ein Generalsekretariat von zwei Beamten wird für die Organisation der Konferenz eingerichtet, von diesen zwei Beamten wäre einer ein Deutscher und der andere ein Franzose. Vor allem sollen die zum Teil schon sehr engen wirtschaftlichen Beziehungen ausgebaut werden. Neben diesen wirtschaftlichen Aufgaben soll das Komitee ein Instrument für die Zusammenarbeit, ein Kristallisationsstern, sein. Man erhofft von ihm in erster Linie aber auch eine Entspannung.

Die französischen Staatsmänner bei Hindenburg

Rückkehr nach Paris
BERLIN, 28. Sept. Reichspräsident von Hindenburg nahm heute morgen in seinem Arbeitszimmer den Besuch des französischen Ministerpräsidenten Laval und des französischen Außenministers Briand, die von dem Vorkämpfer Frankreichs in Berlin, Francois Bonnet, begleitet waren, entgegen.

BRN, Berlin, 28. Sept. Mit dem Empfang der heute abend in der französischen Botschaft stattfand, geht der Berliner Besuch, von dem heute vor allem eine vertrauliche Besprechung der Staatsmänner beider Länder in Elbow beachtet war, zu Ende. Die beiden französischen Minister werden nun Dienstag früh nach Paris zurückkehren.

Französische Pressestimmen

Paris, 28. Sept. (Eig. Draht.) Der Pariser Ministerbesuch in Berlin bildet in der Pariser Nachmittagspresse am Montag weiter das Hauptthema der Betrachtungen. Die Zeitungen weisen vor allem auf die Bedeutung des Empfangs der französischen Minister durch den deutschen Reichspräsidenten hin, der nach dem „Intransigeant“ einen bedeutungsvollen Akt in der deutsch-französischen Annäherungspolitik darstellt.

Die nationalsozialistische „Liberte“ erklärt, daß der Tag der Anwesenheit Lavals und Briands in Berlin der Tag Stresemanns, der Tag des Triumphs seiner Politik sei, weil sich diese Politik trotz aller Freßfüße und Enttäuschungen durch die Kraft der Notwendigkeit den Lebenscharakter der Menschen aufreichte. Der „Temps“ findet den warmen Empfang der französischen Minister und den Verlauf des ersten Tages ermutigend und drückt die Hoffnung aus, daß die durch den Besuch geschaffene Atmosphäre in weitem Maße die auf beiden Seiten des Rheins unternommenen Bemühungen um die Entspannung und Verständigung begünstige.

Das schwerindustrielle „Journal des Debats“ findet die Reden Brüning und Lavals vage und zurückhaltend und erklärt, daß die Redner das Bedürfnis empfunden hätten, die Völker mit Hoffnungen zu rühren, aber auch Enttäuschungen befürchteten. Man sei also heute nicht mehr über die deutsch-französische Zusammenarbeit erleuchtet. Das einzig Wahre sei, daß die Deutschen Kredite haben möchten, aber daß die Franzosen ihr Geld nicht einem Lande geben wollten, dessen Absichten namentlich gegen Frankreich gerichtet sind.

Krupps neue Lohnabbaupläne

„Regierungserwägungen“, die das Ende der Regierung Brüning bedeuten müßten

Innerhalb der Reichsregierung schweben zurzeit Erwägungen über eine elastischere Gestaltung der Löhne. Das Ziel ist, bei gleicher Lohnsumme eine größere Zahl von Arbeitskräften zu beschäftigen. Das bedeutet einen neuen, sehr erheblichen Lohnabbau. Der Plan geht auf Anregungen des neuen Präsidenten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, des Herrn von Krupp zurück.

Die Verwirklichung derartiger Pläne wäre gleichbedeutend mit dem Ende der Regierung Brüning. Die deutsche Arbeiterchaft hat bisher schon so große Opfer getragen, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei unter keinen Umständen bereit sind, sich mit einem weiteren Lohnabbau und der Befestigung der seit Jahrzehnten bestehenden Tarifverträge abzufinden. In den christlichen Gewerkschaften wird eine ähnliche Auffassung vertreten, so daß gegen die Pläne eine Einheitsfront aller Arbeiter geschaffen ist, gegen die auch das Zentrum nicht anzukämpfen vermag.

Die neue Notverordnung der Regierung ist nicht vor Ende der Woche zu erwarten. Von den 32 Punkten der Tagesordnung, mit deren Beratung die Regierung am Donnerstag begonnen hat, waren bis Samstag erst 17 erledigt. Ein wichtiges Winterprogramm, das mit neuen Ideen an die Bekämpfung der furchtbaren Wirtschaftskrise herangeht, wird aber auch in der neuen Notverordnung nicht enthalten sein.

Die angekündigte Reichsarbeitslosenfürsorge ist an den Differenzen zwischen dem Arbeitsministerium und dem Finanzministerium gescheitert. Den Gemeinden sollen die Lasten aus der Unterstützung der Wohlfahrtsvereinsleistungen teilweise abgenommen werden. Ingesamt werden dafür rund 200 Millionen zur Verfügung gestellt, die entsprechend dem Maß der Lasten durch die Wohlfahrtsvereine an die einzelnen Gemeinden verteilt werden. Für Berlin z. B. rechnet man mit einem Betrag von etwa 20 Millionen Mark für das Winterhalbjahr. Dagegen soll der Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung zum Teil durch eine Ueberwälzung der Lasten auf die Krisenfürsorge, zum Teil durch weitere Einparungen abgedeckt werden.

Um die Bedenken gegen diese Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen, haben in der vergangenen Woche Besprechungen der Sozialdemokraten mit dem Arbeitsminister, dem Finanzminister und dem Reichskanzler stattgefunden. Sie werden am Dienstag fortgesetzt.

Frankfurts Finanz- und Hilfsmaßnahmen

Frankfurt a. M., 28. Sept. (Eig. Draht.) Der Magistrat in Frankfurt hat in Anbetracht der zum Monatsende bestehenden Zahlungsschwierigkeiten beschlossen, daß die Gehälter und Pensionen statt wie bisher in zwei Hälften am 1. Oktober zunächst nur zu einem Drittel ausbezahlt werden sollen. Die Maßnahme wird in erster Linie getroffen, um die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen sicher zu stellen. Von den monatlichen normalerweise rund 800 000 Mark betragenden Ueberweisungen von Reichs- und Staatskassen werden Ende dieses Monats rechtsseitig nur 130 000 Mark erwartet.

Im Zusammenhang mit den Plänen der Landbeschaffung für Erwerbslose hat der Magistrat beschlossen, Feldstücke zu rund 1800 Einzelparzellen für je 4 Ar zur Verfügung zu stellen. Die Grundstücke liegen in der Nähe der größeren Wohngebiete.

Württembergische Notverordnung

Das württembergische Staatsministerium hat auf Grund der Ermächtigung des Reichspräsidenten die erste württembergische Notverordnung erlassen. Diese Notverordnung sieht mit Wirkung vom 1. Oktober ab eine allgemeine Kürzung der Gehälter der Beamten des Staates, der Gemeinden, der Amtsvorständen und der Zweckerbände um 5 Prozent unter Freilassung der Gehälter unter 1500 Mark pro Jahr und der Bezüge der Polizei vor. Die Gehälter der ledigen Beamten sowie der verheirateten, die keine Kinder haben, werden um 7 Prozent gekürzt. An weiteren Maßnahmen kommen noch in Betracht: Die Unterbindung der Vorrückung auf zwei Jahre, die Aufhebung des Wohnungsgeldes bei Inhabern von Dienstwohnungen, ferner bei ledigen Beamten unter 45 Jahren die Kürzung des Wohnungsgeldes auf die Hälfte und die Befristung der Unterhaltspflichten und Bezügen für höhere und mittlere Beamte. Da das Defizit im württembergischen Staatshaushalt 13 bis 15 Millionen Mark beträgt, die Ersparnisse auf Grund der ersten württembergischen Notverordnung aber nur sechs Millionen Mark ausmachen, erklärt die Regierung in einem Aufruf an die Beamten, daß sie in absehbarer Zeit eine weitere Kürzung der Beamtengehälter vornehmen müsse.

Kuhrbergbau und verbilligte Kohlen an bedürftige Erwerbslose

Das rheinisch-westfälische Kohlenlandkart hat zur Frage der Winterhilfe folgenden Beschluß gefaßt:

„Der im rheinisch-westfälischen Kohlenlandkart zusammengeschlossene Bergbau erklärt sich bereit, in dem bevorstehenden Winter aus seinen Halbenbeständen verbilligte Kohlen für bedürftige Erwerbslose abzugeben. Diese Erwerbslosen-Kohlen kommen nicht in Anrechnung auf die Verkaufsbeteiligungen, sind aber umlagepflichtig. Alles weitere wegen der Durchführung dieses Beschlusses bestimmt ein festschließender Ausschuß im Einvernehmen mit dem Sonditaatsvorstand.“

Bestrafte Nazigemeinheit

Der Schriftleiter Werner der nationalsozialistischen Schlesischen Tageszeitung wurde vom Schöffengericht Breslau wegen verleumdender Beleidigung des früheren Reichsministers Walter Rathenau zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Werner hatte am 14. Februar in einem Heuillon-Artikel über Rathenau folgende Gemeinheit zu Papier gesetzt: „Seine verbrecherischen und verräterischen Taten werden ihm die nachdrücklichste Aufmerksamkeit des gesunden Volkes sichern.“

Drei Monate Gefängnis für Münchener

Kassel, 28. Sept. (Kundendienst.) Die große Strafkammer Kassel verurteilte den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Münchener zu drei Monaten Gefängnis. Münchener war eines Vergehens gegen das Republiksgesetz angeklagt.

Keine Goldlösungspflicht in Dänemark

Kopenhagen, 29. Sept. Nach den letzten Verhandlungen mit den Parteiführern erklärte Ministerpräsident Stauning, daß diese sich mit den geplanten Valutamahnahmen einverstanden erklärt hätten. Die vorzuliegende Gesetzesvorlage wird eine Bestimmung über die Aufhebung der Goldlösungspflicht bis einschließend 30. November in Anbetracht der mit dem von Schweden getroffenen Maßnahmen enthalten. Durch eine ähnliche Bestimmung wird es möglich sein, dem Münchs der Nationalbank auf Erhebung des Deckungsverhältnisses von 50 auf 80 Prozent entgegenzukommen.

Bild links: Reichskanzler Dr. Brüning begrüßt den französischen Ministerpräsidenten Laval in der Reichskanzlei

Bild rechts: Außenminister Briand dankt der hochrufen Menge vom Balkon des Hotels Adlon



Die krachenden Weltbörsen

Wann Abschreibung der verlorenen Kapitalien?

Als die Nachricht von den englischen Ereignissen in Deutschland eintraf, daß die Bank von England die Goldwährung außer Kraft setzte und die englische Börse geschlossen wurde, atmete man in Deutschland auf. Es bot sich die Gelegenheit, auch die deutschen Börsen zu schließen, was man schon seit Tagen gewünscht hatte. Die englischen Ereignisse boten nur den guten Vorwand. Schon am Ende der verflochtenen Woche bestand kein Zweifel darüber, daß die deutschen Börsen einem reißenden Zusammenbruch aller Kurse entgegenstehen.

Was den deutschen Börsen beschieden gewesen wäre, wenn uns der englische Unfall nicht zu Hilfe gekommen wäre, sehen wir an den Weltbörsen. Es zeigt sich ein wildes Hin und Her. Saufen und Waffeln lösen einander an den Kapitalmärkten ab. Nirgendwo ist ein normales Funktionieren zu entdecken. Die Börsen sind überall erschüttert bis in den fernsten Osten. Ueberall herrscht Desorganisation in schlimmstem Maße.

Man sagt, so gehe es nicht weiter. Das haben wir in Deutschland seit langem erkannt. Dieses Wort ist bei uns ein geflügeltes Wort geworden. Wenn die ganze Entwicklung in den letzten Tagen ein Gutes hat, dann das, daß man diese Wahrheit auch im Ausland erkennt. In England hat man über die Weltkrisis und ihre Ursachen allmählich vernünftige Gedanken gefaßt. In Amerika dämmert es schon seit Monaten, und selbst unsere direkten Nachbarstaaten fühlen, daß sich die Geldpest auch in ihre Tresoren einschleicht, und fühlen sich von Tag zu Tag mehr bedroht. So wird die Krise der wirtschaftlichen Untergrund, um gemeinsam an das Werk der Liquidierung der Krise zu gehen.

Das Unternehmertum aller Länder hat sich eingebildet, an Dofern vorbeikommen zu können. Man wollte die Lasten der Krise auf die breiten Massen abwälzen. Es zeigt sich jetzt, daß das nicht geht. Ueber 50 Milliarden Mark nagobundieren in zersplitterten Krediten durch alle Welt. Sie erfordern ungeheure Zinslasten, die auf die Lebenshaltung der breiten Massen drücken. Diese Kredite hat man irgendwie investiert, in Anleihen und Maschinen, die keinen Nutzen mehr abwerfen, weil sie stillstehen. Sie verdienen die Zinsen nicht mehr, sie sind verloren. Daraus kann nur folgen, daß durch diese Kredite unbedingt ein Strich gemacht werden muß.

Die Wirtschaftskrisis und Finanzschwierigkeiten aller Welt haben diese Forderung schon lange und oft aufgestellt. Zum ersten Mal einmütig in Basel. Wird man jetzt endlich diese Forderungen aus den Schreibtischschläben hervorholen? Wird man endlich erkennen, daß die Weltwirtschaftskrise ohne Opfer des Kapitals nicht zu überwinden ist?

Was jedoch Deutschland betrifft, so kann man nicht begreifen, daß die deutschen Industrieführer nicht endlich daran gehen, Summen, die durch Fehlinvestitionen, Mißwirtschaft und Ueberproduktion und nicht zuletzt durch einen unfinnigen Lohnabbau und durch eine sinnlose Kaufkraftvermehrung nun endgültig verloren sind, nicht auch buchmäßig abzuschreiben. Wenn das Ausland Mittrauen auf den deutschen Werten hat, dann scheint uns die ausschlaggebende Ursache dafür der ausbleibende Kapitalstrich zu sein. Das Vertrauen kann nur wieder hergestellt werden, wenn dieser Kapitalstrich erfolgt und wenn die deutschen Kapitalisten endlich das Opfer bringen, das notwendig ist, und das durch Lohnabbau, wie die Verhältnisse in den letzten Monaten gezeigt haben, nicht umgangen werden kann.

Im übrigen kann die Schwäche auf den deutschen Aktien- und

Rentenmärkten nicht übersehen. Es ist eine Erscheinung, die sich aus der Situation der ganzen deutschen Industrie von selbst ergibt. Es sind im In- und Ausland hohe Kapitalien aufgenommen worden. Man hat sie investiert und zwar nicht richtig investiert, womit sie verloren gingen. Jeder Geldgeber muß mit einer bestimmten Entwicklung rechnen, so unangenehm sie auch ist. Das gehört mit zu den Grundgesetzen kapitalistischer Wirtschaft. Man kann nicht nur Kapitalist sein, wenn es Geld zu verdienen gibt, sondern muß auch Kapitalist sein, wenn es darauf ankommt, das Verlorene zu übernehmen. Der Augenblick der Kapitalienübernahme ist nun gekommen. Sie vollziehen sich in den Kursabschlägen auf unseren Aktien- und Rentenmärkten. Eine Schließung der Börsen bedeutet so im Grunde genommen nichts anderes als die Verzögerung eines Prozesses, der doch kommen muß.

Dabei handelt es sich um die Frage, ob die deutschen Kapitalmärkte den Stoß aushalten können. Daß sich der Kapitalist und insbesondere der ausländische Kapitalist beim Verkauf seiner Wertpapiere von seinen volkswirtschaftlichen Ueberlegungen leiten läßt, halten wir für natürlich. Gerade deshalb hat das Reich die Pflicht, hier Auswüchse und Spekulationen zu unterbinden. So sind in den letzten Tagen wohl in großem Umfange Papiere von deutschen Besitzern nach dem Ausland verschoben worden, wo man sie zum Verkauf anbietet. Das drückt natürlich auf den Markkurs. Durch eine neue, am Sonnabend veröffentlichte Durchführungsverordnung zur Unterbindung der Kapitalflucht unternimmt das Reich den Versuch, diesem Treiben entgegen zu treten. Ob mit Erfolg?

Die Reichsbank hat in der dritten Septemberwoche einen Devisenverlust von 58,3 Millionen Mark (Rückgang auf 297,8 Millionen Mark) erlitten, während sich die Goldbestände — es handelt sich hier um inländische Abfertigungen — um 2,3 Millionen Mark auf 1374,4 Millionen Mark erhöhten. Die Verluste der Reichsbank sind natürlich weit größer, weil die Abgaben durch Exportdevisen und Devisenerfassung nach der Notverordnung zum Teil ausgeglichen sind. In erster Linie dürfte der Verkauf deutscher Aktien und deutscher Rentenwerte durch das Ausland an den Beständen der Reichsbank gezehrt haben. Das Loch ist vorläufig einmal durch Schließung der deutschen Börsen gestopft. Mit der Deckung der Werten wird sich aber die Reichsbank mit diesem Problem auseinander zu setzen haben. Zum anderen haben die Marktkäufe nach den Stillhalteabmachungen zum Abfluß der Devisen geführt. Es zeigt sich also, daß die Abmachungen in Basel sehr bedenkliche Wunden gelassen haben. Allerdings muß beachtet werden, daß die Reichsbank in den letzten Tagen Scheckkredite herbeigeholt hat; u. a. handelt es sich um Kredite für die Rheinische Landesbank. Man kann annehmen, daß die Kreditausweitung zu gutem Teil auf Rechnung dieser Scheckkredite geht.

Berliner Börse vorläufig geschlossen

Berlin, 28. Sept. (Eig. Draht.) Der Berliner Börsenvorstand hat am Montag beschlossen, die Berliner Börse bis auf weiteres für jeden Verkehr und für jeden Besuch geschlossen zu halten. Man darf annehmen, daß sich auch die übrigen deutschen Börsen diesem Schritt anschließen werden.

Paris, 28. Sept. (Eig. Draht.) Das englische Pfund hat sich am Montag an der Pariser Börse merklich befestigt. Es wurde anfangs zu 97 Franken gehandelt und stieg bis zum Schluß auf 99,75. Dagegen hat die norwegische und die schwedische Krone nach der am Sonntag beschlossenen Aufhebung der Goldbasis stark nachgelassen. Die norwegische Krone fiel von 595 auf 475, die schwedische Krone von 684 auf 581 Franken.

Unfähige Wirtschaft der KPD

In Mitteleuropa wächst die Erkenntnis

Halle a. S., 28. Sept. (Eig. Draht.) Der von den Kommunisten Roenen und Erdinger auf den Hund gewirtschaftete „Rote Konsum“ in Halle ist am Ende. Die KPD stellt selbst in ihrem halleischen Ertragsblatt fest, daß der Konkurs des Allgemeinen Konsumvereins Halle in bedrohliche Nähe gerückt ist. Es ist kaum damit zu rechnen, daß dieses fälschlicherweise „Konium“ genannte Gebilde die Woche überlebt.

Es sind nicht allein Schwierigkeiten, die durch die Absperrung von Gas, Licht und Wasser durch die städtische Werksleitung entstanden sind, wobei es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei kam, vielmehr liegt die Hauptschwierigkeit darin, daß in diesen Tagen die erste Rate des leinerseit mit allen Mitteln kommunistischer Regie erzielten Verleihs fällig ist. Zur Erfüllung dieses auf 35 Prozent lautenden Verleihs haben die roten Konsumtarifalisten nicht einen Pfennig zur Verfügung. Außerdem drängt das Finanzamt auf Zahlung von 136 000 Mark Rückständen und die Krankenkasse auf Ablieferung von annähernd 36 000 Mark unterschlagener Sozialbeiträge.

Unter diesen Umständen wird der für kommenden Freitag abbe-

traumten Gläubigerversammlung nichts anderes übrig bleiben, als die Eröffnung des Konkursverfahrens zu beantragen. Diese zusammengebrochene kommunistische Konsumpolitik hat wenigstens das eine Gute, daß den Mitgliedern der um Halle herum gelegenen noch selbständigen Konsumvereine allmählich die Augen aufgehen. Vor einer Woche wies der Konsumverein Osmünde die Verbrüde, die Genossenschaft in den halleischen Banerottsumpf hineinzuschieben, energisch zurück, heute die bis dahin führenden Männer der Moskowiter an die frische Luft und wählte Sozialdemokraten in den Aufsichtsrat. Noch schlimmer war die Niederlage, die sich Herr Roenen am Sonntag in den halleischen Vorort Ammendorf holte. In dieser großen Genossenschaft haben bis vor kurzem nur Kommunisten in Verwaltung und Aufsichtsrat. Die SPD-Mitglieder kamen nur, um zu sehen, wie in den Verkaufsstellen die Parteigeschäfte der KPD erledigt wurden. Jetzt ist auch in Ammendorf reiner Tisch gemacht worden, obwohl alle Realiter und Kniffe kommunistischer Agitatoren gesogen worden waren, besähtigte die Generalversammlung mit überarober Mehrheit den Ausschluß der Kommunisten aus dem Aufsichtsrat und wählte an ihre Stelle Sozialdemokraten.

Freistaat Baden

Aufgehobenes Zeitungsverbot

Nachdem die Neue Badische Landeszeitung sich bereit erklärt, 50 Prozentig ihre Behauptungen über abermals in Aussicht genommene Gehaltskürzungen zurückzunehmen, ist das Verbot aufgehoben worden. Sonst ist zu diesem Vorgang momentan nichts zu sagen.

Verbot des Heidelberger Beobachter

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 hat der Minister des Innern die in Heidelberg erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung **Heidelberger Beobachter** vom 29. September bis einschließlich 5. Oktober 1931 verboten.

Am 1. d. h. zu dem Verbot gab ein Aufruf in Nr. 128 des Heidelberger Beobachters vom 28. September 1931 mit der Überschrift **„An die deutschbewohnten Schüler!“**, in dem die Schüler zum Eintritt in den Nationalsozialistischen Schülerbund trotz der bestehenden Verbote (§ 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 12. Januar 1921) aufgefordert werden. Hierin ist ein Verbot gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 und vom 17. Juli 1931 zu erblicken.

Abchiedsaudienz des badischen Gesandten beim Reichspräsidenten

Der Reichspräsident empfing Montag den aus Berlin schiedenden badischen Gesandten Dr. Honold.

Die hilflosen Deutschnationalen in der Finanzfrage

Aus dem Landtag schreibt man uns:

Als am Freitagabend im Karlsruher Rondell die politischen Wogen sehr hoch gingen, erregte eine in dem bekannten schroffen Ton herausgesprochene Bemerkung des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Schmittbener besonderes Interesse. Sie lautete: **„Wir machen der Regierung keine Finanzvorschlüsse.“** Die Koalitionsparteien quittierten sofort mit der Gegenfrage: **„Da haben die Deutschnationalen eben einfach keine Vorschläge.“** Und das war das typische an dieser deutschnationalen Attitüde des ehemaligen Majors Schmittbener, das er nicht wollte, was er anderes und besseres an Stelle der Regierungsvorschläge machen konnte.

Der badische Finanzminister Dr. Mattes antwortete sofort diese deutschnationalen Hilflosigkeit auf und sagte sie entsprechend fest. Die große Mehrheit des Landtags stimmte seiner Auffassung zu, weil er ja bereits im Haushaltsausschuss aufgefordert hatte, ihm bessere Finanzvorschlüsse zu unterbreiten. Aber auch da waren die Deutschnationalen nicht in der Lage, mit positiven Vorschlägen zu anderen Steuermaßnahmen aufwarten zu können.

Darin unterscheiden sie sich nun allerdings sehr unvorteilhaft von unserer Partei und von den sozialdemokratischen Finanzvorschlüssen. Wir haben im Reichstag, sowie im Landtag, ebenso in den Gemeindeverwaltungen stets brauchbare Finanzvorschlüsse zur Hand; ein ganzes Bismarckbuch hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bzw. die Fraktionsleitung der Regierungsrückbank in den Sommermonaten bereits überreicht. Im badischen Landtag haben wir in früheren Zeiten, als wir noch nicht in der Regierung waren, stets mit entsprechenden Steuerentwürfen aufgewartet und die Tatsache darf festgestellt werden, daß auch die Regierung der Fortschrittlichkeit von unserm Steuerprogramm den einen oder andern Punkt akzeptiert hat bzw. akzeptieren mußte. Es ist der Sozialdemokratie nie eingefallen, zu sagen, wir machen keine Steuerentwürfe.

Während die Opposition der Rechten im Landtag! Der nationalsozialistische Führer Köhler schreit stets in den Landtagsaal hinein: **„Wenn wir erst die Macht haben, dann werden wir machen!“** Und am Freitagabend ergänzte der bekannte deutschnationalen Abgeordnete Brüßler, der ehemalige Freiburger Professor, die Verlegenheitsrede seines Parteifreundes Schmittbener dahin, daß er dem Finanzminister Dr. Mattes entgegenrief: **„Wir wollen dieser Regierung keine Steuerentwürfe machen.“** Welche Hilflosigkeit! Welche politische Verlegenheit!

Nur die eine Empfindung bekommt man beim Anhören dieser fanatischen Reden, wenn die Kreise die Macht haben, ist es um das arbeitende Volk geschehen. Die Kommunisten haben in früheren Monaten und Jahren jede ihrer Reden geschlossen mit der bekannten Moskauerparole: **„Der mit der Arbeiter- und Bauernregierung!“** Neuerdings schließen sie stets, indem sie sagen: **„Diese Regierung muß hinweggefegt werden.“**

So ist das Bild der Opposition im Landtag. Die von rechts und von links führenden der Regierung ihre Todfeindschaft an und fragen nie: was dann! Man hat nur die Empfindung, daß sie absolut nicht in der Lage wären, anderes, besseres an die Stelle der jetzigen Republik zu setzen. Schmittbener preist die deutschnationalen Diktatur, die Bod-Verfechter-Gruppe schwört natürlich auf

Stalins Diktatur und man kann sich dann schon denken, was bei der Verwirklichung der Pläne der Rechts- oder der Linksoption heraus käme.

Was der objektive Beobachter im Landtag noch feststellen muß, das ist die Tatsache der ständigen Zunahme der gegenseitigen Geizheit und politischen Särftheit. Kaum hat ein Redner fünf Minuten gesprochen, bagelt es Zwischenrufe, weniger bei den sachlichen Darlegungen der einzelnen Redner als bei den politischen Exkursionen, die notwendigerweise jede Partei im Landtag unternehmen muß. Wie war früher, besonders vor dem Kriege, der Landtag noch ein ruhiges, ausgeglichenes Parlament. Ganz anders heute! Die Zuspitzung unserer politischen und wirtschaftlichen Gegensätze wirkt sich natürlich auch im Karlsruher Rondell aus.

Vorkünftig ist der Landtag auf einige Zeit in die Ferien gegangen. Tritt er wieder zusammen, wird es nicht anders geworden sein. Darauf hat sich auch die Sozialdemokratie einzustellen und sie tut dies durch ihre Arbeit in der Regierung und durch die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Parlament. Sie schafft Postives und dient dadurch am besten den jeweiligen Interessen des Volkes.

Der Landtag in der Sitzungsperiode 1930/31

Ueber die Tätigkeit des Landtags in der Sitzungsperiode 1930/31 wird berichtet:

Der Badische Landtag hielt in der soeben zu Ende gegangenen Sitzungsperiode 1930/31 64 öffentliche Sitzungen ab. Die Zahl der Anwesenden erreichte 106. Am meisten trat der Haushaltsausschuss zusammen, der es auf 45 Sitzungen brachte, während sich

der Ausschuss für Rechtsplege und Verwaltung 31mal versammelte. Außerordentlich umfangreich gestaltete sich der Strauß der Eingänge. Die Regierung trat mit 47 Vorlagen an den Landtag heran. Aus dem Hause wurden 4 Initiativanträge und 165 sonstige selbständige Anträge eingebracht, dazu 46 förmliche Anfragen und 42 kurze Anfragen. Nur zwei Regierungsvorlagen und 15 selbständige Anträge blieben unerledigt. Außerdem lagen 288 Gesuche zur Behandlung vor, von denen 63 unerledigt blieben.

Interessant ist ein Ueberblick über die verabschiedeten wichtigsten Regierungsvorlagen. Wir nennen die Gesetze über die Feldbereinigung, die stärkere Beteiligung des Staates an der Badischen Bank, die Maßnahmen zur Behebung der Jungelbrennot, die Grund-erwerb- und Zuzugssteuer und als wichtigstes Gesetz die neue Staatshaushaltsordnung. Dazu kommen die Novellen zum Beamten-Gesetz, zum Polizeikräfte-Gesetz, Sparfahrgesetz, Ortskirchen-Steuer-Gesetz und Finanz-Gesetz sowie die Abänderung des Einführungs-Gesetzes zu den Reichs-Luft-Gesetzen und anderer Gesetze, die Wirtschaftsunterstützung für die Kuffelgeschäfte und Sparstellen sowie für ein Darlehen der Bad. Lokal-Eisenbahngesellschaft. Diese Staatsbürgschaften erschienen als Notgesetze, ebenso die Änderungen im Staatshaushalt und die Einführung der Bürgersteuer. Unter den von der Regierung vorgelegten Denkschriften sind zu erwähnen: Die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse in Baden, die Lage der badischen Privat-Eisenbahnen, die Ursachen der Ausgabefolge in einer Anzahl Stadt- und Landgemeinden. Ferner wurden dem Hause unterbreitet: eine Zusammenstellung; Baden in der vergleichenden Reichsfinanzstatistik und schließlich das Gutachten der Spar-Kommission über die badische Staatsverwaltung, mit dessen Beratung der Landtag seine Arbeiten abgeschlossen hat. Nun folgt innerhalb der Winterferien die Aufstellung des Etats, dessen Verabschiedung die Hauptaufgabe der neuen, wohl im Laufe des November ds. Js. beginnenden Session sein wird.

Sozialismus u. Wohlfahrtspflege

Zur Hilfsaktion der Arbeiterwohlfahrt

Von Marie Tuschka, M. d. V.

Massenet kann nur erfolgreich bekämpft werden, wenn kein Konturreiz auf die Kräfte zerplittert, wenn behörbliche und freie Wohlfahrtspflege nach gemeinsam beschlossenen Plänen arbeiten. Es ist Sache der Wohlfahrtsbehörden, die Kräfte zu sammeln und zu verteilen. Es ist Pflicht der freien Wohlfahrtspflege, dabei Hilfe zu leisten, Erfahrungen, Anschauungen und geschulte Menschen zur Verfügung zu stellen. Die von der Not betroffenen Menschen müssen das Vertrauen haben, daß ihnen dort, wo aus der Finanznot des Staates heraus ihr Rechtsanspruch geschmälert wurde, trotzdem der moralische Anspruch auf Hilfe geübt ist.

Die Zeitungen bringen jetzt Aufrufe und Pläne für große Hilfsaktionen. Auch der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt hat zu einer Hilfsaktion aufgerufen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, der Allgemeine Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Hauptverband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands und die Zentral-Kommission für Arbeiterwohlfahrt und Körperpflege haben den Aufruf mit Unterstützung und damit bekräftigt, daß die gesamte organisierte Arbeiterbewegung dahinter steht. Andere Organisationen der Arbeiterwohlfahrt: Der Arbeiterkameradenbund, die Arbeiterkassenvereine, der Reichsausschuss für das Bildungswesen, die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde haben uns ihre Mitarbeit zugesagt.

Wir sind der festen Ueberzeugung, das Richtige zu tun, wenn auch wir uns an die Öffentlichkeit wenden. Sie soll uns helfen, unseren leidenden Schweltern und Brüdern in kameradschaftlicher Form Hilfe zu bringen. Jeder, der noch über ein auskömmliches Einkommen verfügt, jeder, der heute noch einen Arbeitsplatz inne hat, dessen Bezahlung ihm ein Dasein über das Notwendige hinaus ermöglicht, muß das als Glück empfinden und sich moralisch verpflichtet fühlen, davon für die schuldlosen Opfer der Wirtschaftskrise etwas herzugeben.

Wir denken jetzt oft an die traurigen Zeiten des Krieges und der Inflation zurück. Und doch ist kein Vergleich möglich. Damals war es die Knappheit der Waren und die Entwertung des Geldes, die die Menschen unerbittlich in beispiellose Armut drückten. Heute sind Lebensmittel, Kleidung und notwendige Gebrauchsgüter in ausreichender Menge zu haben. Diesmal offenbart sich der Widerstand unserer Wirtschaftsform dadurch, daß er fleißig arbeitende Hände zum feiern zwingt, die Kaufkraft der Hand- und Kopf-arbeiter läßt und dadurch dauernd neue Arbeitslosigkeit erzeugt.

Die Arbeitskraft aber muß erhalten bleiben, sie ist das höchste Gut eines Volkes. Zur Arbeitskraft gehört körperliche und seelische Gesundheit. Beides ist heute gefährdet. Die staatlichen Einrichtungen sind in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt. Die Unterstützungslage reicht nicht aus, um den allernotwendigsten Lebensbedarf zu befriedigen. Das trifft sowohl für die Erwerbslosenversicherung, wie für die Kranks- und Wohlfahrtswesensversicherung zu. Kriegsgewinn und Unterhüte der Wohlfahrtsämter sind in ihren

Wirkungen geschmälert. Kommt hinzu, daß die Länge und Säuftheit der Arbeitslosigkeit sich verschärfend auswirkt. Jede Krankheit und familiäre Not wird wirtschaftlich härter empfunden. Die Familien der auf Erwerbe angewiesenen Kopf- und Handarbeiter verarmen zusehends. Die Bekümmernisse an Kleibern und Saurat werden aufgebraucht, können nicht ersetzt werden. Der allgemeine Gesundheitszustand muß leiden. Auch die moralische Widerstandskraft verringert sich unter der Einwirkung der Not. Die seelische Zermürbung macht sichtbare Fortschritte. Unter der dauernden Sorge um Essen, Kleidung, Miete, angeht die Unmöglichkeit gewordenen Lebensbedürfnisse zu befriedigen, entsetzt trostlose Bitterkeit und das Gefühl, verlassen zu sein. Dazu kommt der Winter. Die Kohlen liegen auf den Halben und der hungernde Mensch friert. Kartoffeln und Getreide liegen in den Speichern, das Vieh steht vor vollen Krippen, aber der frierende Mensch hungert. Die Menschen erzeugen mit Hilfe moderner Maschinen und unter Aufwand zahllosmäßig geringer Arbeitskraft wollene Gewebe in Fülle, die Frierende kleiden und wärmen können.

Die seelische Depression der Betroffenen wirkt sich naturgemäß auch psychisch aus, davon können wir uns täglich überzeugen. Wir geben uns keinen Illusionen hin über den Erfolg und Wert unserer Hilfsaktion. Was die Arbeiterwohlfahrt will, das ist dies: Sie will mit ihrer bescheidenen Kraft dafür sorgen helfen, daß der arbeitslose Kamerad aus Büro, Werkstatt und Fabrik, daß alle an dieser Wirtschaftskrise Leidenden fühlen, hier kommt aus der eigenen Klasse, aus der Bevölkerungsgesamtheit, der sie selber angehören, der Wille zur kameradschaftlichen Hilfe. Nicht in dem althergebrachten Sinne der Wohltätigkeit des Reichens an dem Armen, sondern in der Hilfsbereitschaft des Kameraden, der weiß, daß er morgen das gleiche unverdiente Schicksal der Arbeitslosigkeit erleiden kann.

Die Hilfsaktion der Arbeiterwohlfahrt ist nicht Sozialismus. Aber was dahinter steht, das ist sozialistische Gesinnung, verbunden mit praktischem Sinn. Es gibt keine erschöpfenden, aber doch zahlreiche Hilfsmöglichkeiten. Die Arbeiterwohlfahrt wird sie zu finden und anzunehmen wissen. Wir sind überzeugt, daß uns die gesamte Arbeiterbewegung und alle verständigen Volksgenossen dabei helfen werden.

Ein behagliches Heim!

Ist gerade in der heutigen Zeit, wo man auf so vieles andere verzichten muß, besonders erlebte und geliebt. Zum Glück ist es gar nicht mehr so kostspielig, sich nett einzurichten, wenn man nur gut und sachgemäß beraten ist. Einen besonderen Namen für wirklich geschmackvolle und preiswerte Gardinen hat die Firma W. Wollander. Sie fertigt auf Wunsch in eigener Werkstätte Gardinen und Dekorationen sehr billig an.

Im feineren Teil hat die Firma Wollander einen Sonderverkauf für beste Gelegenheiten zur Beschaffung von Stoffen jeder Art für die Ausstattung der Wohnung. Lassen Sie sich auf jeden Fall bevor Sie kaufen von der Firma W. Wollander ganz unverbindlich beraten.

stoffe stoffe stoffe stoffe stoffe



30 MILLIONEN METER STOFFE IM JAHR

Das ist die Produktion unserer Webereien. Wenn ein so großes Fabrik-Unternehmen direkt an das Publikum verkauft - dann muß eine gewaltige Verbilligung die Folge sein. Bald können Sie das selbst überprüfen!

aus erster Hand

stoffe stoffe stoffe stoffe stoffe

Jeder seine eigene Partei!

Die bürgerliche und die kommunistische Presse stimmen Jubelstürmen an. Was von außen niemals gelungen wäre, das soll jetzt von innen heraus durchgeführt werden: Die Zerstückelung der Partei der Arbeiterklasse, der deutschen Sozialdemokratie.

Wanderer ins Nichts! Das ist das Schicksal aller Eingänger, denen der persönliche Ehrgeiz höher stand als der Wille der Arbeiterklasse zur Einheit und Bewegung.

- USB (Theodor Liebknecht), Sozialistischer Bund (Lebedour), Antisozialistische Arbeitsgemeinschaft (Friedensgesellschaft), Internationaler sozialistischer Kampfbund (Nelson), Arbeiteropposition in der SPD (Kommunistischer Sozialdemokrat), Kommunistische Partei-Opposition (Brandler), Lenin-Bund, Marxisten-Demokraten, Kommunistische Jugendopposition, Freie Sozialistische Jugend, Jungproletarischer Bund, Revolutionäre Sozialisten, Internationale Hilfswereinigung, Industrie-Verband, Allgemeine Arbeiter-Union, Revolutionäre Sozialisten, Anarcho-Socialisten.

Wer will diesen Katalog durch die Gründung einer neuen „Partei“ verlängern lassen?

Da hat Herr Kurt Hiller von den „Revolutionären Sozialisten“ neuerlich den Versuch unternommen, eine Einigung aller dieser Parteiengruppen zu erzielen.

„Gleich nach dieser Eröffnungsrede plachte eine Bombe, der feinem Ton der Rede nach jüngste Konferenzteilnehmer: Georg Lebedour (geboren 1850) warf sie. Er erklärte gerührt und mit schmeißender Stimme, der Sozialistische Bund lehne das Kartellprojekt rundweg ab.“

Da jeder Anwesende wußte, daß diese Konferenz nie einberufen worden wäre, wenn Lebedour nicht in den Vorparlamenten sein und seines Bundes grundsätzliches Einverständnis mit einer Zusammenfassung der revolutionär-sozialistischen Gruppen ausgesprochen hätte, so besaß die Erklärung gewisse Wirkung.

„Nicht es nicht traurig, daß im Jahre 1931 vor deutschen Arbeitern Komödien von dieser Art aufgeführt werden können.“

Bei diesen Querfronten gilt die Lösung: Jeder seine eigene Partei! Die Arbeiterklasse folgt einem anderen Ruf. Sie weiß, daß Karl Marx niemals Zerstückelung und Spaltung und Anarchie gelehrt hat.

Lavals und Briands sozialistische Herkunft

Der Vorwärts schreibt:

Ein eigenartiger Zufall will es, daß sowohl Pierre Laval wie Aristide Briand aus der sozialistischen Bewegung hervorgegangen sind. Bei Briand ist es schon recht lange her — etwa 27 Jahre —, daß wir ihn als Parteigenossen besichtigen konnten.

Fehlurteil gegen Ulmer Reichsbannerleute torrigiert

Von der Strafkammer des Landgerichts Ulm wurden elf Reichsbannerleute in der ersten Instanz wegen angeblichen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von drei Wochen bis sechs Monaten verurteilt worden.

Die englische Arbeiterpartei in Opposition

London, 28. Sept. Im Laufe der heutigen Unterhausdiskussion über die vorgeschlagenen Wirtschaftsmassnahmen wurde ein Antrag der Arbeiterpartei, die geplante schwebensartige Kürzung der Unfallentschädigung im Verlaufe zu streichen, mit 296 gegen 243 Stimmen abgelehnt.

Spaniens sozialistischer Finanzminister als Protest gegen Sozialreaktion zurückgetreten

Der spanische Finanzminister, der Sozialist Prieto, hat seinen Rücktritt erklärt. Der Rücktritt des sozialistischen Finanzministers wird auf die heftige Debatte zurückgeführt, die sich bei Beratungen der spanischen Verfassung abspielte.

Dr. Ernst Reichskommissar für das Bankgewerbe

Der bisherige Ministerialdirektor im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Ernst, ist zum Reichskommissar für das Bankgewerbe ernannt worden.

Aus dem Gerichtssaal

Einbrecherpech: Der Geldschrank hält stand

Im Karlsruhe, 26. Sept. Der 27 Jahre alte ledige, mit mehrjährigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen vorbestrafte, auf eine fünfjährige Fremdenlegationszeit zurückbildende Wäber Ernst Hirning aus Groß-Beflingen, zuletzt wohnhaft in Ludwigsburg, imponierte dem 22 Jahre alten ledigen Mechaniker Theodor Eberle aus Forstheim durch seine Erfahrungen auf dem Gebiet der Einbrüche, so daß dieser bereit war, mit ihm ein Ding zu drehen.

Diebstahl

Hr. Der Jugendliche A. M. aus Durlach-Aue wurde im Mai ds. Js. wegen fortgesetzten Diebstahls zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Nach kaum zwei Monaten später hat er zusammen mit seinem Freund bei einem Wirt in Weierheim nach einander zweimal einen Haken gestohlen.

Schwurgericht Karlsruhe

Im Karlsruhe, 28. Sept. Das Karlsruher Schwurgericht tritt Montag, 12. Oktober zu seiner siebenten diesjährigen Tagungsperiode zusammen. Es kommen folgende vier Fälle zur Verhandlung: Montag, 12. Oktober, vormittags 9 Uhr, hat sich der Oberster Gerichtsrat Johann Reinischmidt aus Bülzig bei Karlsruhe wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten.

Montag nachmittag 3.30 Uhr haben sich der Sägewerksbesitzer Adolf Zeller aus Eichenau und der Kaufmann Richard Ender aus Passau wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu verantworten. Zu dieser Verhandlung, in der wiederum Landgerichtspräsident Dr. Kubmann den Vorsitz führt, sind sechs Zeugen und ein Sachverständiger geladen.

In diesem Falle sind 18 Zeugen geladen. Als Anklagevertreter fungiert erster Staatsanwalt Hofmann. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Friedberg (Karlsruhe) inne. Mittwoch, den 14. Oktober, vormittags 9 Uhr nimmt ein umfangreicher Abstreifungsprozess, der voraussichtlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt werden wird, seinen Anfang.

Wichtig für alle Lotterieliebhaber!

Die Tatsache, daß selbst die großen Gewinne in der kritischen Zeit der Bankfeiertage alle pünktlich ausbezahlt wurden, hat das Vertrauen in diese Lotterie bei den alten Spielern gefestigt und dem Spiel Freunde gewonnen. Es sind auch tatsächlich keine Lotterien, die derzeit günstige Gewinnchancen bieten.

1. Ziehung 21.-22. Oktober. Preuß.-Südd. Klassenlose. 384 000 bzw. 114 Millionen M. Stürmer, Mannheim.

Wer will verdienen?

Der darf nicht warten und warten, sondern muß sich durch flottes inserieren Absatzförderung und Wiederholungs-Aufträge erkämpfen.

Küche. Achtung! Aromatisches Brennholz. Hain & Künzler, Waldstraße 8, 7190.

Luftiger heller Lagerraum mit Holzboden, auch als Arbeitsraum geeignet, ca. 360 Quadratmeter.



Ovomaltine bahnt Ihnen den Weg

Es ist meist nicht die Ungunst der Verhältnisse, die zeitweise Depressionen bei Ihnen verursacht, es ist Ihr eigener Körper, der übermäßig geschwächt oder nicht richtig ernährt wurde.

Jetzt auch eine 125 g Dose zum Preise von 1,25 Mk. Ovomaltine = hilft mit =

Kostenlos erhalten Sie eine Probe, wenn Sie Ihre Adresse senden an: Dr. A. Wander G. m. b. H., Abt. M 155 Osthofen (Rheinhausen)

Partei-Nachrichten

Dettinghaus verrät seine bisherigen Freunde von der Opposition

Die Absicht der Sonderbündel zugegeben
Der zur SPD. übergetretene Reichstagsabgeordnete Dettinghaus hat sich der kommunistischen Anhängerschaft mit einem Aufruf vorgestellt, der einleitend folgende bemerkenswerte Sätze enthält:

„Meine Freunde aus dem Lager der oppositionellen SPD-Führer wollten gemeinsam mit mir als Antwort auf den Beschluß des Parteiausschusses eine Organisation innerhalb der Sozialdemokratie schaffen.“

Die Abgeordneten Sendewitz und Rosenfeld haben bisher auch die Absicht der Schaffung einer Sonderorganisation innerhalb der SPD. immer wieder bestritten. Dettinghaus, der an den internen Beratungen der oppositionellen Abgeordneten teilgenommen hat, also Bescheid wissen muß, behauptet das Gegenteil. Das ist ein Grund mehr, nunmehr schnellstens die erforderliche Klarheit in dem Sinne zu schaffen, ob sich die oppositionellen Abgeordneten dem jüngsten Beschluß des Parteiausschusses vorbehaltlos fügen wollen oder nicht.

Der Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge der SPD. hat zu den Vorgängen innerhalb der Sozialdemokratie eine Entschlieung angenommen, in der scharf gegen jede Spaltung Stellung genommen und gesagt wird, daß „die Einheit der Partei gewahrt und jede Spaltungsabsicht unmissverständlich bekämpft werden müsse“. Vom Parteivorstand wird die Einsetzung einer Untersuchungskommission gefordert, vor der sich die der Spaltung angeklagten Abgeordneten verteidigen können. Wörtlich heißt es dann zum Schluß der Resolution:

„Der Bezirksvorstand fordert die Genossinnen und Genossen auf, die prächtige politische Geschlossenheit unseres Bezirks, der sich Achtung erkaufte, hat, in der Gesamtpartei weiter aufrecht zu erhalten, wachsam zu sein gegenüber allen Spaltungsbestrebungen und nicht zuzulassen, daß das, was mit unfaßlicher Mühe der Funktionäre seit Jahrzehnten aufgebaut worden, in einer Stunde der Verwirrung zerfallen werde zur Freude des Gegners.“

Inzwischen haben wiederum zahlreiche Bezirksvorstände zu dem Beschluß des Parteiausschusses Stellung genommen und ihn vorbehaltlos gebilligt.

Der Bezirksvorstand der SPD. von Ostfriesland hat die Mitglieder Dr. Walter Fabian, Hellmut Wagner und Blazizad aus der Partei ausgeschlossen. In der Begründung dieser Entscheidung heißt es, daß alle drei eine Tätigkeit entfaltet haben, die den Zweck haben sollte, durch die Bildung von Sonderorganisationen die Organisation der Partei zu untergraben und die Partei zu spalten.

Fabian ist Herausgeber der Zeitschrift Sozialistische Information, deren Tendenz darauf gerichtet ist, die Sozialdemokratie zu zerstören.

Man mag Herrn Dettinghaus so kritisch würdigen wie man will, mit seiner Behauptung, daß er und andere sogenannte Oppositionelle innerhalb der Sozialdemokratie eine Organisation sich schaffen wollten, diese Behauptung darf man ihm durchaus glauben. Die Vermutung, daß bestimmte Mitglieder der Partei und besonders der Reichstagsfraktion bereits eng verbundene Sonderbestrebungen abgehalten haben, wird ja schon längere Zeit gehegt, und sie wurde immer wieder durch gelegentliche Tatsachen in ihrer Richtigkeit neu bestätigt. Und auch darüber herrschte bei Niemandem mehr ein Zweifel, der die Vorgänge in der Leitung der Deutschen Friedensgesellschaft beobachtete, insbesondere die systematische Feherelei des Herrn Küster gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion, daß auch von dort aus Bestrebungen im Gange sind und unterstützt werden, die darauf hincielen, die Sozialdemokratie zu spalten. Es muß darum jetzt reiner Tisch gemacht werden. Die Meldungen aus allen Bezirken des Reiches lassen klar und deutlich genug erkennen, daß die Parteigenossen nicht gewillt sind, Spaltungstreiberien und ähnlichen Manövern ruhig zuzusehen. Der Parteivorstand ist daher verpflichtet, wie wir das schon vor einigen Tagen gefordert haben, von den ihm zustehenden Rechten Gebrauch zu machen, sofern einzelne Mitglieder der Partei dazu nötigen.

Eine derbe Abschüttelung Seydewitz

Im Sächsischen Volksblatt, das bisher von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Max Seydewitz geleitet wurde, nimmt Walter Victor, einer der Redakteure dieses Blattes, „zur Lage in der Partei“ wie folgt Stellung:

„Die Haltung des Genossen Seydewitz nach dem Parteiausschluß hat das langjährige Vertrauensverhältnis, das zwischen uns bestanden hat, beendet. Seydewitz hat bereits vor dem Parteiausschluß den Entschluß gefaßt, sich einem etwaigen Verbot, wie es ausgesprochen worden ist, nicht zu fügen. Meine Bitte, dann klare Konsequenzen zu ziehen, nicht nach Zwickau zurückzukehren, sondern von Berlin aus zu tun, was er für nötig und richtig hält, hat er unbeachtet gelassen. Am Tage nach dem Parteiausschluß hat er an dieser Stelle einen Artikel veröffentlicht, der absichtlich die Frage: Was nun? offen läßt. Kein Mensch konnte aus diesem Artikel herauslesen, welche Haltung nun Seydewitz einnehmen werde. Die wiederholte Forderung, sofort vor den zuständigen Bezirksinstanzen Klarheit zu schaffen, hat er abgelehnt. Einen am Vormittag nach dem Parteiausschluß von mir verfaßten Aufsatz, den ich ihm zur Veröffentlichung übergab und der nur dann nicht erscheinen sollte, wenn er selbst nunmehr eine offene Erklärung abgeben wollte, hat er nicht veröffentlicht. Wir stehen der Tatsache gegenüber, daß Max Seydewitz zwar eine Reihe von eigenen politischen Vertrauensleuten, nicht aber seine Partei und seinen Bezirk von Dingen unterrichtet, die praktisch gegen die Partei gerichtet sind. Namenlos enttäuscht über dieses Verhalten eines Mannes, der bisher stets seine Meinung vertreten hat, in einem Augenblick von höchster Entscheidung aber Taktik für wichtiger hält als Aufrichtigkeit, gilt es die Konsequenzen zu ziehen. Es ist nicht wahr, daß „jede oppositionelle Regung“ von dem Parteiausschluß mit Gewalt unterdrückt wird, — wir werden das dadurch beweisen, daß wir wie bisher, wo es uns nötig erscheint, Kritik üben werden. Der Parteiausschluß verbietet keine Opposition, kann sie gar nicht verbieten. Was er verboten hat sind die freie Verlagsgesellschaft und die Fackel, von deren Gründung und Existenz Seydewitz trotz meiner wiederholten Bitte den Lesern des Volksblattes keine Mitteilung gemacht hat, bevor sie verboten wurden. Es ist ebenso unwahr, daß der Parteiausschluß von der Opposition verlannt hätte, „auf jeden Kampf um die Durchsetzung unserer Auffassung innerhalb der Partei“ zu „verzichten“. Rakt ist, daß Seydewitz wie bisher an dieser Stelle und an jeder anderen, die ihm offenstand, innerhalb der Organisation für keine Auffassung weiter kämpfen kann. Wenn Seydewitz es trotzdem zum Ausschluß kommen lassen

Aus aller Welt

Internationaler Kulturabbau

Ein weiterer Gehweg bei der Kriegenbekämpfung

Die wirtschaftlichen Nöte Deutschlands, die ihren Grund nicht nur in seinen internationalen Zahlungsverpflichtungen, sondern noch mehr in den kapitalistischen Fehlentwicklungen seiner Wirtschaft und in der Subventionspolitik an bankrotte Landwirtschaft und Großindustrie auf Kosten der Konsumfähigkeit der Arbeiter, Beamten und Angestellten haben, rufen in steigendem Maße den Abbau auf den verschiedensten Gebieten herauf. Wenn dabei vor allem im Bereich des kulturellen Sparmaßnahmen erfolgen, so ist dieser Vorgang einer rein fiskalischen Einsparung auf Kosten der kulturellen Vererbung der Staatsbürger, also in erster Linie Einsparungen an den Schulen, nicht ohne Beispiel in anderen Ländern, die von der Weltkrise mehr oder weniger mitgeriffen sind. Auch in diesen „Kulturstaaten“ scheint man zu glauben, das Wissen und die Bildung zu dem „Luxus“ gehören, der sich ein Volk in guten Zeiten zwar erlauben darf, den man aber sofort einschränken muß und auf ein allermindestes Mindestmaß herabschraubt, sobald nicht mehr aus dem Vollen geschöpft werden kann. Doch man für die Volkstutur noch Opfer bringen muß, unendlich geringere als alle diese Völker vor 15 Jahren für eine Vernichtung der Menschheitskultur gebracht haben, das scheint noch unbekannt zu sein.

So hat das englische Oberhaus den — übrigens zunächst nicht so sehr aus kulturellen, sondern aus sozialen Überlegungen und im Hinblick auf den Arbeitsmarkt erwogenen — Vorn einer Verlängerung der Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr abgelehnt; es hätte nämlich 200 Millionen Mark gekostet, also etwa drei englische Pfennige pro Kopf (das Doppelte). Der englische Unterrichtsminister Trevelyan erklärte darüber hinaus, daß durch die Finanzpolitik Snowdens die Volksschule in nicht zu verachtender Weise abgebaut werde.

Aber auch in dem reichen Amerika gibt es eine Schulnot. So sind z. B. in Kanada manche Gemeinden angeblich nicht in der Lage, die Gehälter an die Lehrer auszusahlen. Ganz schlimm muß es in Chicago ausgehen: Schon 1929 erklärte der Präsident des Chicagoer Schulwesens: „Unser Schulwesen ist bankrott, und wahrscheinlich werden die Schulen im Laufe der nächsten Zeit geschlossen werden müssen.“ Dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die besonders bekannt gemordete Verberghemelt in Chicago immer stärker wird; der Staat zahlt ja selbst für „freie Bahn!“

Nicht viel anders sieht es in den übrigen Ländern aus, die ohnehin in der kulturellen Fürsorge für ihre Jugend hinter den genannten Staaten einbüßen. Auch dort herrscht das Bestreben, die Kosten der Weltwirtschaftskrise abzumildern. Wie dieser Abwärtstrend sich darstellt und wie er in Deutschland immer weiter voranschreitet, das mögen einige Zahlen beweisen. In den Jahren 1928—1930 betrug der Konsumrückgang an Nahrungs- und Wohnbedarf 3,3 Prozent, an Kleidung 7,9 Prozent, an Hausrat und Gemütmitteln 3,3 Prozent, an 1931 auf 16 Prozent. Seute (1931) dürften es höchstens noch 12 Prozent sein. Das Ganze bedeutet ein langsames, aber stetes Hinabsinken des Kulturvermögens, das selbst in mancherlei Verrohungsercheinungen und in der wachsenden Brutalität weiter Volksmassen jetzt schon ersprechenden Ausdruck findet.

Zeppelin zurückgekehrt

Friedrichshafen, 28. Sept. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist von seiner zweiten Septemberfahrt nach Brasilien heimkehrend, um 11.46 Uhr statt gelandet. Es brachte sieben Passagiere und 170 Kilo Post mit. Das Schiff brauchte zur Hinfahrt 69 Stunden, zur Rückfahrt 79 1/2 Stunden.

Rodny, Johannsen und Biega werden von Waller empfangen

Neuworf, 28. Sept. Die drei deutschen Atlantikflieger Rodny, Johannsen und Biega sind heute vom Bürgermeister Waller offiziell empfangen worden.

Blutbad in Schifferstadt

Schifferstadt, 28. Sept. Zu der schweren Blutbad, bei der der 22-jährige Erwerbslose Wilhelm Maurer erschlagen wurde, wird uns noch mitgeteilt: Die tödlich verlaufene Keilerei hatte ihren Ursprung darin, daß sich einer der Brüder Sattel und Kehler über die Abfälle über eine Frau der Schwäger Sattel und Kehler äußerte. Obwohl Sattel, der 28 Jahre alt und Vater von fünf Kindern ist, bei dem tödlichen Anriff an sich unbeteiligt war, ließ er sich dann zur Mißhilfe hinreißen. Seinem bedrängten Schwager Kehler Beistand leistend, ergriff er eine Gabel und schlug so wuchtig auf Wilhelm Maurer ein, daß diesem die hintere Schädelkapsel geplatzt wurde und sofort anwimmerte. Sattel wird sich wegen vorläufiger Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten haben.

Todesfahrt zweier Brüder im Paddelboot

Waldenburg (Schlesien), 28. Sept. Fünf Wasserportler machten am Sonntag in vier Paddelbooten eine Fahrt auf der Weistritz. Am Wehr bei Würben kam das mit zwei Mann besetzte Boot dem Strudel so nahe, so daß die beiden Fahrer in Gefahr gerieten, über das Wehr hinabgerissen zu werden. Die Gefahr erkennend, sprangen sie aus dem Boot, wurden jedoch von der Strömung mitgerissen und gingen unter. Alle Bemühungen der Kameraden, sie zu retten, waren ergebnislos. Die Ertrunkenen sind die Brüder Herden aus Waldenburg.

Das tierfreundliche Oesterreich

Der Aufruf des Wiener Tierchutzvereins zur Rettung der durch die Kälte in Not geratenen Schwalben erfährt in den Herzen der Oesterreicher solchen Widerhall, daß fort und fort Spenden für die leichtbeschwingten Gäste in Wien eintreffen. 30 000 Schwalben in 25 Kisten werden nun über Latis nach Italien befördert werden.

Rückgang der Gletscher

Die Gletscherkommission des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins melden einen Rückgang der Alpengletscher. Im Jahre 1930 betrug der Rückgang der Hauptgletscher durchschnittlich etwa 20 Meter. Die größten Rückbildungen wurden am Karls-Eisfeld des Dachsteins und am Sulzenauferner in den Stubaiener Alpen gemessen. Eine entgegengekehrte Entwicklung ließ sich nur am Längentaler Ferner in der Giesbühle feststellen. Besonders stark war die Abnahme der Giesbühle. Sie wurde bei der Pastere an der Hoffmannshütte mit 5 Metern in einem, mit 16 Metern in drei Jahren festgemessen. Das landschaftliche Bild einzelner Gletscher ist in den letzten Jahren durch diese Ercheinungen wesentlich verändert worden. Die Abnahme der Dike hat die Begehung der Gletscher vielfach erleichtert.

Demission des Kommandanten der britischen Atlantikflotte

London, 28. Sept. (Reuters). Der Kommandant der britischen Atlantikflotte, Admiral Hodges, der zwei Tage vor dem Auslaufen der Flotte nach Inverarona an einer Brustfellentzündung erkrankte und zurückbleiben mußte, ist bis heute noch nicht wiederhergestellt, was ihn veranlaßt, um Entbindung von seinem Posten zu bitten. Zu seinem Nachfolger wurde Admiral Kelly bestimmt.

folgte, so provoziert er ihn und wird vor der Geschichte mit dieser Schuld belastet bleiben. Das Betrüblische indessen ist die menschliche Form, in der dieser Bruch sich vollzieht. Die Partei hätte ein Recht darauf gehabt, daß Seydewitz mit ihr klar und offen geiprochen hätte. War seine Sache gut, so bedurfte es keiner taktischen Winkelzüge mit dem Ziele, den Parteivorstand denienigen jein zu lassen, der durch den Ausschluß die Sache ins Rollen brachte. Dann konnte er frei und offen vor die proletarische Öffentlichkeit treten. Wer die Sache ist nicht gut, wäre die Sache gut, aber selbst wenn sie schlecht wäre, würde es männlicher, ehrlicher, klarer sein, wenn Seydewitz am Tage nach dem Parteiausschluß sie offen proklamiert hätte. Dem Bild, dem Führerbild, das viele von Max Seydewitz hatten, hat das ausweichende, bemüht unaufrichtige Verhalten unversöhnliche Flecken aufgetragen. Aber ich wiederhole: die Sache ist nicht gut. Es ist nicht die Sache der Opposition, um die es hier geht, — das werden die nächsten Tage beweisen, das beweist schon heute die Tatsache, daß niemand im Bezirk daran denkt, die Partei zu verlassen.“

Unbeugsamer Wille zur Geschlossenheit

Northausen, 28. Sept. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und Reichstagsabgeordnete Otto Wels sprach hier am Sonntag anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Nordhausener Volkszeitung. Wels beehrte sich bei dieser Gelegenheit auch mit den jüngsten Vorgängen in der sozialdemokratischen Partei. Er führte dazu aus:

„Die Sozialdemokratie ist ein unzertrennbarer Block, der nur von innen heraus zertrümmert werden könnte. Darauf stützen sich von jeher die Hoffnungen unserer Genossen. Die Hoffnung auf die Spaltung lehr in der bürgerlichen Presse seit Jahren immer wieder, nachdem unter ganz anderen Verhältnissen dieselbe in der Kriegszeit einmal zur Tatsache wurde. Niemals war die Partei innerlich gespalten, wie sie jetzt. Die Sozialdemokratische Partei ist keine Zwangsvereinigung, freiwillig ist der Zutritt zu ihr. Aus freiem Willen kann jeder aus ihr scheiden, der mit ihr in Grund und Taktik nicht mehr übereinstimmen glaubt. Innerhalb der selbst gegebenen Gesetze aber herrscht in ihr weitestgehende Meinungsfreiheit. Das Gebot der Freiwilligkeit bei Eintritt und Austritt ist nicht in sich die Freiwilligkeit der Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit, ohne sie steht nur die Diktatur. Sie ist der Tod jeder Demokratie. Klar und eindeutig ist der Beschluß des Parteiausschusses zu den jüngsten Vorgängen innerhalb der Partei. Der Parteivorstand vollführt den Willen der Partei, nachdem der Parteitag in Leipzig klar seinen Willen zum Ausdruck gebracht hat. Nichts wird ihn davon abhalten, danach zu handeln.“ (Stürmischer Beifall.)

Zwickauer Kompromißversuche

Zwickau, 29. Sept. (Munddienst). Der erweiterte Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Bezirk Zwickau-Plauen hat am Montag zu dem Beschluß des Parteiausschusses Stellung genommen. Der Bezirksvorstand billigt die Maßnahmen seines zweiten Vorsitzenden Kurt Müller und spricht ihm sowie dem mit der provisorischen Leitung des Volksblattes betrauten Genossen Walter Viktor

für ihre Haltung das Vertrauen aus. Die Suspendierung des Genossen Seydewitz wird aufgehoben. Der Bezirksvorstand erklärt, daß die Erhaltung der Parteeinheit das oberste Gesetz des Handelns sein muß. In diesem Sinne erwartet er sowohl vom Parteivorstand als auch von dem Genossen Max Seydewitz, daß in beiderseitigem Entgegenkommen ein Weg gefunden wird, der geeignet ist, die Differenzen beizulegen und bei weitgehender Wahrung der Meinungsfreiheit die organisatorische Einheit der Partei zu wahren.“

Gegen die Leitung der Friedensgesellschaft

Schwerin, 28. Sept. (Eis. Draht). Die Vorstände der Ortsgruppen Schwerin und Rostock der deutschen Friedensgesellschaft haben durch folgenden Beschluß ihre Auffassung beschlossen: „Die Ortsgruppen lösen sich als Unterorganisationen der deutschen Friedensgesellschaft mit sofortiger Wirkung auf und werden als Vereinigung Schweriner und Rostocker Friedensfreunde vorläufig ohne Anknüpfung an eine Reichsorganisation weiterarbeiten. Zu diesem Schritt sehen sich die örtlichen Leitungen, die seit langem mit erster Sorge die Arbeitsmethoden der Leitung der Friedensgesellschaft, insbesondere die Überlastung einer verhältnismäßig vollen Zusammenarbeit mit den republikanischen Organisationen verfolgt haben, umiomehr abdrängt, als es inswischen zu einem offenen Bruch zwischen der größten republikanischen Partei und der deutschen Friedensgesellschaft gekommen ist.“

Södingen, SWD. Donnerstag, 1. Oktober, 1/8 Uhr: Monatsversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist höchste Pflicht. Kinderfreunde: Mittwoch, 30. Sept., 1/2 Uhr: Zusammenkunft bei der Erta. Jedes muß ein Brief oder Mädel mitbringen. Weinparten: Dienstag: Vortrag und Diskussionsabend: „Die Woberrevolution von 1918“. Anfang 8 Uhr. Buntliches Erscheinen wird erwartet. Donnerstag: Funktionärsung. Nächster Dienstag: Kinderfreunde. Donnerstag, 1. Oktober: Zusammenkunft fällt aus; bei schönem Wetter am Sonntag auf dem Zumberg zu einer gemeinsamen Sonntagsgelad. Alles kommt!

WANZEN
Iamt Brut werden durch das neue 7182
„A.S.“-Verfahren
absolut sicher beseitigt.
Deutsche Versicherung
gegen Ungeziefer
Anton Springer
Ettlinger Str. 51, Tel.
2340

Propaganda-Tage 3. Angebot
GARDINEN
Alle Hauptrollen in außerordentlich reicher, wunderbarer Auswahl zu überraschend günstigen Preisen.
Kleine Beispiele:
Landhausrand Mtr. -38 -25 -18
Stores, Meterware Mtr. 1.75 1.50 1.25
Dekorationsstoffe Mtr. 2.25 1.75 1.25
N'Seidenrippe u. Damaste, 130 cm breit
Sparie Druckstoffe in Volle u. K'seide
Lassen Sie sich durch unsere ersten Fachkräfte vollkommen unverbindlich beraten!
Wir schneiden Gardinen- und Dekorationsstoffe auf Wunsch gratis zu!
Tel. 238 Kaiserstr. 121
W. BOLANDER



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

29. September.

1855 *Soc. Derm. Paul Reibaus. — 1867 *Walther Rathenau. — 1879 1. Nummer des Socialdemokrat. — 1902 *Emile Zola. — 1907 *Motteler, *Koter Postmeister. — 1919 Gelehrter Achtstundentag in Schweden. — 1918 Lubendorf fordert sofortigen Waffenstillstand.

Die Bleag in Konkurs

D. J. meldet: Eine als Zeichen der Zeit zu wertende Nachricht erreicht uns heute. Die Verwaltung der Badischen Lokaleisenbahn A. G. in Karlsruhe hat am Samstag ihre Zahlungen einstellen müssen. Der furchtbare Einnahmerrückgang sowohl im Personen- als im Güterverkehr mußte die stillgehegte Hoffnung, daß die Bleag die Krise überwinden werde, zu Schanden machen. Der hohe Zinsendienst beschleunigte zum Schluß noch die Katastrophe. Wie wir hören, ist ein Eisenbahnsachmann zum Konkursverwalter ernannt worden.

Da die konzessionsmäßige Betriebspflicht auf den Bahnen ruht, wird mit dem Weiterbetrieb sämtlicher Linien zu rechnen sein, so daß die Zahlungseinstellung der Verwaltung sich zunächst nach außen hin betrieblich nicht auswirkt. Nachdem die von der Bleag betriebenen Eisenbahnen lebenswichtige Betriebe darstellen, ist bestimmt zu hoffen, daß sich Wege finden werden, die den endgültigen Weiterbetrieb der Bahnen, der zunächst als gesichert gelten kann, gewährleisten.

Die „grüne Mina“ und ihre Fracht

Fremde, die man nicht gerne sieht

Der in diesem Jahre weniger gut geratene Sommer hat uns dennoch viele fremde Gäste beschert, die sich in großen Rundfahrt-Autobussen die Schönheiten unserer Stadt zeigen ließen, die angeordnet durch die rührige Tätigkeit unseres Verkehrsvereins, der allerorts, auf Bahnhöfen, in Zügen, Straßenbahnwagen, Hotels und durch Werbefilme für den Besuch unserer Stadt warb. Das waren gern gesehene Gäste. Aber auch andere fremde Gäste fanden und finden sich tagtäglich und jahraus und jahrein in unserer Stadt ein, die ebenfalls in großen Kraftwagen durch unsere Straßen fahren. Allerdings leben diese Insassen von den Sebenswürdigkeiten der Stadt Karlsruhe wenig, denn die Fenster des Wagens sind klein und verblende. Ich meine damit die „grüne Mina“ mit den Sträflingen.

Tagtäglich um die Mittagzeit läuft am hiesigen Hauptbahnhof der fahrplanmäßige Zug ein, der hinter der Maschine als erster Wagen einen dunkelgrün gestrichelten Gefangenentransportwagen mitführt. Kurz vor dem Eintreffen des Personenzuges treten die Polizeibeamten auf den Bahnsteig, wo der Zug in die Halle einläuft. Neugierige stellen sich dicht neben den Gefangenewagen, jedoch kommen sie in keinem Falle auf ihre Kosten, denn in verständlicher Rücksichtnahme läßt man die Gefangenen auf der anderen Seite des Zuges, da, wo die Postbeamten ihren Dienst versehen, aussteigen.

Das Polizeikommando ist angetreten. Die Türe des vergitterten Wagens öffnet sich und die Gefangenen treten zu zwei und vier auf den Bahnsteig. Alle sind gut gekleidet, nur zwei befinden sich in der Kolonne, welche die „Kluft“ tragen. Einer davon wurde in Konstanz beladung, der wegen ersehnter Körperverletzung über ein Jahr Gefängnis absitzen hat. Der andere soll in einer Strafsache bei einer Strafkammerverhandlung als Zeuge vernommen werden. Aber durchwegs sind es Leute, die wegen Diebstahl, Betrug oder Einbruch eine nicht zu hohe Gefängnisstrafe absitzen müssen. Besonders Interesse erregt darunter eine Frau, die wegen eines ihr zur Last gelegten Mordes an ihrem eigenen Kinde festgenommen worden war. Sie wird unter besonderen Vorkehrungen von zwei Beamten begleitet. Nach 20 Minuten Aufenthalt fährt der Zug wieder ab. Der Gefangenentransport setzt sich in Bewegung, nachdem dem Transportführer aus dem Gefangenewagen die Papiere der abgelieferten Gefangenen überreicht worden sind. Unter den Begleitpersonen befinden sich mitunter solche, die besondere Merkmale besitzen. J. B.: Bei einem, der als Selbstmörder verdächtig erscheint, oder bei einem anderen, bei dem Tüchtverdacht als sehr wahrscheinlich angenommen wird; da heißt es aufpassen und die nötige Vorsicht nicht außer Acht lassen. Im Wagen zurückgelassen und weitertransportiert werden die meisten Schwerverbrecher, die in Bruchsal eine mehrjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen haben.

Nachdem nun der Polizeioberwachmeister die ihm ausgehändigten Papiere überprüft hat, ist dieser von dem Augenblick an für das Wohl und Wehe seiner „Miegegelesenen“ verantwortlich. Unter der Unterführung steht bereits der Autotransportwagen. Kurz vor dem Bestiegen des in seinem Innern sehr zweckmäßig eingerichteten Wagens meinte ein für das Karlsruhe Gefängnis bestimmter aut geleant: „So —, ich wäre mir wider mal b“, offenbar ein badisches Kind, der lange seine Heimat nicht mehr gesehen haben mag. Die Schupos laden und „Einsteigen, Alles hoch“ befiehlt der Befahrer des Transportwagens. Die Insassen des grünen Kraftwagens werden von einem uniformierten Kraftfahrer hierauf auf dem kürzesten Wege durch die Ettlinger Straße nach dem „Bestimmungsort“ gefahren.

Die Zahl dieser fremden Gäste schwankt. Wochentlich werden mitunter 15 bis 20 Gefangene aus dem ganzen badischen Land hier gesammelt, und nach einem bestimmten Plan weiter in die einzelnen zuständigen Gefängnisse geleitet. Auch sind in diese Transporte diejenigen Leute eingereiht, die außer Landes verwiesen und etappenweise bis an die betreffende Landesgrenze geschoben werden. Und zuletzt befinden sich auch solche darunter, die aus dem Gefängnis entlassen wurden, aber kein Geld haben, um in ihre Heimatstadt fahren zu können.

Warnung vor einer Schwindlerin

Zur Zeit bereist eine Betrügerin ganz Baden und sucht hauptsächlich Frauen auf, die sie als Außerwärtigen für eine Zeitschrift anzustellen verspricht. Die Schwindlerin verlangt aber von den Frauen eine Kaution von 10 M., um welche die Frauen dann betrogen sind. Mit weiterem Auftreten dieser Schwindlerin muß gerechnet werden. Das Badische Landespolizeiamt warnt vor dieser Betrügerin und bittet, bei Aufständen die Polizei zu verständigen. Die Schwindlerin ist 25 bis 30 Jahre alt, klein, schlank, hat schmales, bleiches Gesicht, hellblondes Haar (Nadeln) und trägt blaurotfarbten Moullettschiff.

Die Polizei berichtet:

Wegen Erregung öffentlichen Aergernisses
wurde ein Arbeiter von hier festgenommen und ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Wegen Körperverletzung
gelanget mehrere Personen zur Anzeige.

Diebstähle
Aus einem verlassenen Autohuppen in der Luisenstraße entwendeten unbekannt Täter Autoschloßteile im Wert von 420 M. Die Ermittlungen sind eingeleitet.

Aus einem Hausgang in der Debelstraße wurde ein Fahrrad gestohlen. Ein unbekannter Täter entwendete 1 Kellereiband der Dierkegesellschaft im Werte von etwa 40 Mark, das Ede Kreuz- und Kreuzstraße angebracht war.

Eine Frau in der Bürgerstraße zeigte den Verlust einer wertvollen Anorakate durch Diebstahl an.
Wegen Unterlassung wurde ein lediger Installateur von hier ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

In der Nacht zum Dienstag wurden Verammlungspolizisten der NSDAP von unbekanntem Täter mit Handbrettern beleidigenden Inhalts überfallen. (Wenn früher sozialdemokratische Plakate beschädigt wurden, hat man im Polizeibericht nie etwas darüber geschrieben. Wir konstatieren dies nur. Die Red.)

Die Verlogenheit der Nazi

— Ich. Einen Tag vor der Urteilsverkündung bei den Berliner Nazifrauentagen hat Herr Frid sein Telegramm an den Reichsminister geschickt, in denen sich die Nazi, wie schon so oft, als die verfolgte Minderheit aufspielen. Es heißt dort von Mordeatern bewaffneter Marxisten gegen Nationalsozialisten, die sich in erschreckender Weise mehren. Sie wollen unter dem Mordterror der Kommunisten stehen. Man schreit nach Sühne und ruft die Gerichte an. Dazu steht im großen Widerspruch das Geschmier, das am Samstag nach dem Breittersaun des Frankonia-Plates angebracht wurde: Bilet wird gerächt und daneben ein Hakenkreuz. Das ist natürlich nur ein Ausdruck verlogener Unschuld, kein Reich, auch kein Staatsanwalt sieht darin eine Aufforderung zur Rache und zur Gewalttätigkeit. So geht das Tag für Tag und dann fühlt sich Herr Frid bemüht, um der Friedfertigkeit seiner Kampagne dem Reichsminister Telegramme zu schicken.

(*) **Graufiger Fund.** Die 72jährige Vergolderswitwe M. H. H. wurde in ihrer Wohnung von einem Schlag ereilt. Da man die Frau infolge dessen mehrere Tage nicht mehr sah, machte man der Polizei Mitteilung. Die Wohnung wurde durch einen Schloffer geöffnet und die schon stark in Verwesung geratene Leiche der Frau im Bett aufgefunden.

Sozialdemokratische Partei — Bezirk Oststadt. Nicht nur durch Tod hat unter Bezirk schwere Verluste zu beklagen, sondern auch durch Wegzug. Zunächst ist der Gen. Adolf Krieger, langjähriges Bezirksvorsitzungsmitglied und ehemaliges Mitglied des Bürgerausschusses, durch Wegzug nach Stuttgart für die Oststadt als Verlust zu buchen, der in der heutigen Zeit nur schwer aufzuholen sein wird. Einen weiteren herben Verlust hat aber die Partei des Oststadtbereichs durch Wegzug der Familie K. a. d. n. nach Pforzheim erlitten. Gen. Kadner, der ja über Karlsruhe hinaus in der Partei bekannt ist, hat bis in seine alten Tage sowohl in der Kleinarbeit, wie als Verammlungsreferent jederzeit seinen Mann gestanden. Auch seine liebevolle Gattin, die Genossin Kadner, ist sowohl für die Partei, als auch für die Frauenaktion der Oststadt immer sehr tätig gewesen. Das zu den Besten der Partei zählende, in glücklicher Ehe vereinte Paar war so seines überlieferten Lebenswunders Lebens überall beliebt und gerne gesehen. Möge ihm in Pforzheim ein sonniger Lebensabend beschieden sein. Der Oststadtbereich hat in diesem Jahre bis jetzt durch Tod und Wegzug fast 10 Genossen und Genossinnen verloren. Es ist dies ein Verlust, der wieder, auch wenn er durch Energie in den kommenden Wintermonaten für die Partei wettgemacht werden muß, den entfallenden Lücken wieder auszufüllen und die Verbindungen zu schaffen für die Erreichung unseres hohen Zieles, des Sozialismus.

(*) **Inzidenz bei der Karlsruhe Kriminalpolizei.** Am 1. Oktober dieses Jahres können die Kriminalkommissare Georg Guertz und Jakob A. H. o., sowie Kriminalsekretär Josef Frey, die am 1. Oktober 1906 bei der badischen Staatspolizei eingetreten sind, für 40jähriges Dienstjubiläum feiern. Aus diesem Anlaß fand im Vereinslokal des Verbandes der Polizeibeamten Badens, Ortsgruppe Karlsruhe, in der Alten Brauerei Kammerer, eine der Festzeit entsprechend in schlichtem Rahmen gehaltene Jubiläumfeier statt. Die Feier war getragen von dem Geiste der Kameradschaft; von berufener Seite wurden die Verdienste der seit einem Vierteljahrhundert im Dienste der Kriminalpolizei stehenden Kollegen gewürdigt.

(*) **Herabsetzung der Kaminsgebühren.** Auf Antrags des Herrn Ministers des Innern haben sich die Kaminsgebühremeister des Amtsbezirks Karlsruhe bereit erklärt, für Rekr- und sonstige Kaminsgebühregebühren vom 1. Oktober 1931 ab an den ihnen nach den bestehenden Gebührengesetzen zu zahlenden Gebühre jeweils einen Abzug von 6 Prozent zu machen bei Vermehren einer an den Innungsverband zu zahlenden Vertragsstrafe. — Die Mieter werden auf tun, sich diesen Abzug auch zu merken!

(*) **500 000 Flugkilometer zurückgelegt.** Der hier bei der Deutschen Luftfahrt tätige Flugkapitän Theodor Krist, ein gebürtiger Karlsruher, hat dieser Tage auf der internationalen Strecke Amsterdam—Wafel—Genf seinen 500 000ten Flugkilometer erreicht. Auf diesem Anlaß erhielt Krist in Eilen von der dortigen Bezirksleitung der Deutschen Luftfahrt die Goldene Nadel.

(*) **40jähriges Arbeitsjubiläum.** Vergangenen Donnerstag, den 24. September konnte Herr Theatermaler Richard Brand auf eine 40jährige Tätigkeit für die Malerwerkstätte des Badischen Landesbauamts zurückblicken. Aus dem bekannten Meister für künstlerische Bühnenbilder von Prof. Bühner in Koburg kam Herr Brand im September 1891 in den Malerlaal des damaligen Hoftheaters und hat sich während der langen Jahre seiner Tätigkeit die volle Anerkennung seiner Vorgesetzten erworben. Wir wünschen Herrn Brand noch viele Jahre ungetrübter Gesundheit.

Daxlanden

Bezirksversammlung der Sozialdem. Partei. Niedergang und Aufstieg der Arbeiterklasse, so lautet das Thema, über das Gen. Hauptlehrer Schürke am letzten Samstag in unserer Bezirksversammlung referierte. In über einstündigen Vortrag verband er die Referent in vortrefflicher Weise die Entwicklung der Arbeiterklasse zu illustrieren. Stetige Niedergänge und Aufstiege des Proletariats sind nicht nur eine Erscheinung der Jetztzeit, sondern sind bis zurück zum Mittelalter zu verfolgen. Wiederrum hat Arbeitlosigkeit, Geldknappheit und damit verbunden Zusammenbrüche von Industriekreisen und Banken uns in eine Wirtschaftskrise gebracht, die sich zu einer Weltkrise auszuweiten droht. Selbst vor Staaten

wie England und Amerika, die mit zu den goldreichsten der Welt zählen, hat diese Krise nicht halt gemacht. Unabsehbare Folgen werden aus ihr für die Arbeiterklasse entstehen. Nur eine internationale Verständigung, vor allem mit Frankreich, kann uns aus diesem Dilemma in absehbarer Zeit heraus helfen.

Den beifällig aufgenommenen Ausführungen des Referenten schloß sich eine ausgiebige interessante Diskussion an. In seinem Schlußwort freilich Genosse Schürke nochmals die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen und Anregungen. Nach Erlebung bezirkslicher Angelegenheiten konnte Gen. Kunz die sehr lehrreiche Versammlung, die noch einen besseren Besuch verdient hätte, schließen.

Schiffspielhäuser

Neubau-Schiffspiele Waldstraße 30

Zeit Samstag, den 26. September setzen die Schiffspielhäuser im Rahmen ihres neuen Programms einen wunderbaren Ton- und Sprechfilm: „Seltarado, ein Roman zweier Welten“. Im Mittelpunkt dieses vor den Loren Roms geschaffenen Werkes stehen zwei bedeutende Figuren, Maria Solow und Hans Rabbert von Seltarado. Sie vermiteln uns durch ihre bis zur Virtuosität gefesselte Darbietungsmacht unternehmliche Einblicke. Auch das übrige Ensemble stellt sich diesem Künstlerpaar mit Edward von Winterstein, Mary Aid und Olof Björk würdevoll zur Seite und gestaltet dieses mit Naturwahrheiten tingierte Werk zu einem wertvollen Produkt der deutschen Filmproduktion. Es gibt eine Reihe von Szenen, zum Beispiel das „Abe Marlar“ auf dem Meise, das läbliche Fest, bei dem man den „Seltarado“ haut, den Brand des Seltarado, die Rettung aus einem brennenden Haus und anderes mehr, das vorbildlich und glänzend gefilmt ist und das immer wieder dem Publikum das höchste Interesse abnimmt. Besondere Dispositionen wegen des Programms nur noch bis Mittwoch auf dem Spielplan.

„Westfront 1918“ in den Sa-21

Man muß sich wundern, wie blind und gedankenlos die heute lebende Jugend geradezu in ihr Verderben rennt, ohne sich überhaupt darüber bewusst zu sein. Militärischen in allen Ländern der Welt gegenwärtig wo sie nur können, um die Welt und das dumme Volk, das sich ein für ein B vermehren läßt, von neuem gegeneinander aufzubringen, damit gewisse Profitstreber sich abernas ihre Wünsche pflegen und den Weltfrieden zerstören können. Jetzt macht man sich an die Jugend heran in dem Glauben, der selber zurechtfindet, das junge Volk sei aber als die Alten mit ihrer, manchmal übertriebenen, „Erziehung“ für die Ideen des „Freiheitskampfes“ zu gewinnen. Es kann in Verwirrung und Schaulustern nicht mehr genug v. ranschlüssig werden, wie es tatsächlich während des Weltkrieges draussen im Felde zugegangen ist. Dazu trägt auch der jetzt in den Sa-21-Waldspielen laufende Film „Westfront 1918“ bei, dessen fesselnde, frische und sehr schmerzhafte Aufnahmen von einer solchen Tragweite sein müssen, daß außer den Verurteilten auch den Jüngeren der nachträglichen Nazi, Stalidem etc. die Augen darüber aufgehen, daß ihrer bei einem kommenden Krieg, den wir uns nicht wünschen, nachher aber auch nur ungeschädigt wartet. Sie gegebene Laie werden alle, nicht nur die Soldaten an der Front, sondern auch Frauen und Kinder ebenfalls in den Schwaben der Gase verredet. Wenn sich das die deutsche Bad an die Seite der alten irdende junge Welt vor Augen hält, muß sie, wenn sie nicht ob ihrer verkommenen Blindheit ganz und gar sich der Hauptturner entwidmet hat, unter allen Umständen dafür eintreten, daß wir von den „Ergebnissen“ der „Zerwürf“ verholdt werden. Anbetenfalls geschieht es ihr recht, wenn sie, seriellist am ganzen Körper, im Sinne des Völkerrückens verendelt. Sollenlich verbleibt der Film „Westfront 1918“, dessen lobende Zensur wir bereits bei seiner Erläuterung geäußert haben, die erhebliche Wirkung auf diejenigen Menschen auszuüben, welche es in der Zukunft angeht.

Kinder vor Gericht

Es ist ein Film mit kürzesten lokalen Tendenzen, den das Union-Theater diese Woche laufen läßt. Schon viel ist über die Auslagen Jugendbilder vor Gericht geschrieben und geradezu wörtlich, es ist ein Problem, das Verste wie Erzieher, Richter wie Pädagoge interessiert. Wer einmal nicht die Fülle Franz 1. mo die Auslage einer Tochter den Vater ins Zuchthaus brachte. Dieser Wochen und Monaten in der Öffentlichkeit erörterte Fall kann wohl die Unterlage zu dem Efa-Film gewesen sein, denn auch hier ist es ein junges Mädchen, das in der ersten Erregung über vom Vater empfangene Schläge den Vater der Bluthandlung beschuldigt, in der Gerichtsverhandlung bei dieser Entschuldigung beistand und so den Vater, an dem sie an sich sehr häßlich, ins Zuchthaus bringt. Ein erschütterndes Drama, den Vater, ein edler Vertreter der Straftat, ein im Grunde höherer Kerl, der gelegentlich brutal ist, auch mal eine unheil hinter die Winde steckt, um sein Recht kämpfen zu leben; erstickt, wie er sich gegen die moderne Gerichtsverhandlung wehrt, das Schließen, was das Vater mirzide ist, und Alles wühlt, nur um endlich mal ruhig schlafen zu können, wie im Mittelalter mit seinen Daumensrauben! Es ist das „Mittelpunkt“ unseres Jales, in dem sich der erste Teil des Drama abspielt. Eine Wohnungsverhältnisse, die Stiefmutter ameischaftlichen Charakter, der Schlafverhältnisse, ein „Kamerad“ die Nachbarn, Freundinnen, und alles, was so drum und dran im Flend der Großstadt ist. Die Wahrheit kommt schließlich doch an den Tag, die Unschuld des Vaters stellt sich heraus, aber es ist zu spät: Tot hängt der Mann am Fensterstuhl seiner Gefängniszelle! Niemand wird sich der eindringlichen Wirkung dieser naturgetreuen und natürlich wahren Handlung entziehen können. Der Film belehrt, reut zum Nachdenken über Probleme unserer Zeit an. Das Beiprogramm ist dem Ernste des Hauptfilms angepaßt.

Veranstaltungen

Colosseum-Theater

Wie uns die Direktion mitteilt, ist eine Verlängerung des 8. 31. achtendenden Fritz-Wedder-Ensembles infolge arbeitsmäßiger Verpflichtungen nicht möglich. Es ist jedoch der Direktion gelungen, ab 1. Oktober die berühmte Berliner-Inszenierung „Die 12 Polini-Girls“ für ein 14tägiges Gastspiel nach hier zu verpflichten. „Die 12 Polini-Girls“ hat die Saubardarsteller in dieser prunkvollsten Revue zwei alte Bekannte mit: Bertha Böme, die jüngere Polini, füglich, bestens bekannt aus den Revuen „Freut Euch des Lebens“ und „Komm zu mir“ sowie Marie Polini, ebenfalls bekannt durch seine letzte Revue „Es ist was los“. Wenn Marie Polini für eine Revue scheint, kann man sich immer darauf verlassen, daß nur das Beste von Besten geboten wird, indem ihm noch mehrere erstklassige Revuedarsteller in „Die 12 Polini-Girls“ zur Verfügung stehen. 32 Bilder mit 40 Mitwirkenden werden an Ihren Augen vorüberziehen, über 300 Kostüme sowie originelle Dekorationen, alles aus dem erhabenen Ateliers stammend, geben Ihnen eine besondere Augenweide und die 12 Polini-Girls sollen zum Schluß auch nicht verfehlen sein. Am Dirigentenpult steht der Komponist dieser Revue, Erich Ziegl, persönlich, um die verstärkte Colosseum-Kapelle zu leiten.

In allen Großstädten des In- und Auslandes bildete diese Revue stets das Tagesgespräch, ausverkaufte Häuser waren überall zu verzeichnen, der beste Beweis für die Tüchtigkeit und Bestmännlichkeit der Revue ist die allbekannteste Revue-Direktors Marie Polini. Dieser Revue, trotz enormer Aufkosten, sind die Eintrittspreise nicht erhöht und betragen dieselben abends 50 Pf. bis 2.50 Mark, Sonntag-Nachmittags bei ungünstigstem Abendprogramm 50 Pf. bis 1.— Mark. Vorkauf in den Zigarettenbüchsen Wente, Markt- und Waldstraße 34.

Dienstag, den 28. September 1931:

Badisches Landes-Theater: Julius Ecker. 19.30 Uhr.
Colosseum: Original Leipziger Fritz-Wedder-Ensemble. 20 Uhr.
Gloria-Palast: Der Weltstud. For-Ton-Woche. 8.30 Uhr.
Kammer-Theater: Der Kapitän der Garde. Der Kästle bitte. 11.15 Uhr.

Waldstraße. 19.30 Uhr.
Badisches Landes-Theater: Westfront 1918.
Neubau-Schiffspiele: Seltarado.
Schauburg: Der feuchte Fiesl. Prominente im Käfig.
Union-Theater: Kinder vor Gericht. Wuntes Beiprogramm.

